

Landkreis Ravensburg

den 28. Jan. 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 17.12.2015 im Schwörsaal, Marienplatz 28, 88212 Ravensburg

Dauer 15:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Elmar Buemann,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Karl Immler,

«sitext» vom «sidat»

Herr Thomas Kellenberger,
Herr Wolfgang Kleiner,
Herr Dieter Krattenmacher,
Herr Clemens Moll,
Herr Axel Müller,
Herr Peter Müller,
Herr Alois Peter,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Herr Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler,
Herr Roland Weinschenk,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Markus Ewald,
Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Roland Haug,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Michael Lang,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Peter Smigoc,
Herr Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Judith Gebhardt,
Herr Gereon Güldenbergl,
Herr Manfred Lucha, MdL,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,

Herr Heinz Strubel,
Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Gerhard Lang,
Herr Rainer Marquart,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Gerd Hägele,
Herr Franz Hirth,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Georg Rupp,
Herr Walter Sieger,

Dezernent Kreiskämmerei
Dezernent Recht, Ordnung und Verkehr
Amtsleiter Stabsstelle Landrat
Dezernentin Arbeit und Soziales
Dezernent Haupt- und Schulverwaltung
Dezernent Bauen, Wald und Umwelt

Gäste

Herr Dr. Sebastian Wolf,

Oberschwabenklinik GmbH, zu TOP 19 nö

Abwesend:

CDU

Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Christian Natterer,
Herr Robert Schweizer,
Herr Daniel Steiner,
Herr Robert Stütze,
Herr Waldemar Westermayer, MdB,

FWV

Herr Holger Lehr,

SPD

Herr Anton Frei,
Frau Gisela Müller,
Herr Jürgen Rölli,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

2. FIN/048/2015, FIN/048/2015/1 und FIN/048/2015/2
Kreishaushalt und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Haushaltsjahr 2016

Angelegenheiten des IKP

3. IKP/075/2015 und IKP/075/2015/1
Asylunterbringung: Status und Ausblick zur Herstellung von Unterkünften, einschl. Zehntscheuer Gessenried im BHM Wolfegg
4. IKP/072/2015
Oberschwabenklinik - Kapitalerhöhung für das Jahr 2016
5. IKP/065/2015
Landratsamt Außenstelle Bad Waldsee, Unterbringung der Verwaltung am Standort Bad Waldsee
6. IKP/067/2015
Landratsamt Außenstelle Leutkirch, Unterbringung der Verwaltung am Standort Leutkirch

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

7. AW/031/2015/5
Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg ab dem 01.01.2016; hier: Festsetzung der Gebühren für Selbstanlieferer
8. D2/043/2015

Fortschreibung des Deponiebewirtschaftungskonzepts Inertstoffdeponie Gutenfurt

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

9. SBA/029/2015

K 8011, Neubau Brücke und Anschluss an die B12 bei Eglofstal – Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

10. SP/016/2015

Suchthilfe GmbH - Trägerschaft für den Kontaktladen "Die Insel"

Angelegenheiten des Umweltamtes

11. D4/011/2015

Naturschutzbeauftragte; hier: Verlängerung der Amtszeiten von Frau Sonja Boda und Herrn Dr. Thomas Heilig

Angelegenheiten des Rechtsamtes

12. RE/007/2015/1

Wiederbestellung von Herrn Oliver Surbeck zum ehrenamtlichen Kreisbrandmeister

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

13. VE/010/2015 und VE/010/2015/1

Umwandlung eines Rückzahlungsanspruchs Planungskosten Südbahn gegen die Stadt Ravensburg in einen Zuschuss zugunsten des Landes

Angelegenheiten des Landwirtschaftsamtes

14. LW/008/2015

Beteiligung an der Finanzierung des INTERREG V-Projektes „Bekämpfung Kirschesigfliege“

Angelegenheiten der Stabsstelle des Landrats

15. Humanitäre Hilfen

Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien

16. JU/060/2015 und JU/060/2015/1

Besetzung des Jugendhilfeausschusses; hier: Wahl von Herrn Jürgen Harder, Referat Prävention Polizeipräsidium Konstanz, als stellvertretendes beratendes Mitglied zum Nachfolger von Herrn Lopez-Diaz

17. D3/024/2015

Entsendung von Vertretern des Landkreises in Gremien

- a) Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Konstanz-Ravensburg
- b) Aufsichtsrat Stiftung KZBO

18. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

19. Informationen über wesentliche Eckwerte der Unternehmensentwicklung in der OSK (mündlicher Vortrag durch Herrn GF Dr. Wolf)

Angelegenheiten des IKP

20. IKP/076/2015

Annahme des Vergleichs beim Rechtsstreit über die Klage des im Rahmen des Projekts "Neustrukturierung Krankenhaus St. Elisabeth, 1. Bauabschnitt", mit Bodenbelagsarbeiten beauftragten Unternehmens

21. IKP/074/2015

Kauf des Bruggenhof in Wilhelmsdorf-Zusendorf für die Asylunterbringung

22. IKP/077/2015

Anmietung von Büroflächen der Arbeitsagentur in Ravensburg

Angelegenheiten der DiPers GmbH

23. D3/025/2015

DiPers GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages

24. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 09.12.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und gratuliert KR S. Scharpf zum runden sowie KR Dr. Schad zum heutigen Geburtstag. Außerdem bittet er die Kreisräte um ein Feedback und lässt einen entsprechenden Fragebogen austeilen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 12.11.2015 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

2. Kreishaushalt und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Haushaltsjahr 2016 (FIN/048/2015, FIN/048/2015/1) und FIN/048/2015/2)

Herr Baur führt in die Thematik ein.

Die Fraktionsvorsitzenden Restle, Spieß, Spangenberg, Bindig und S. Scharpf halten nacheinander die Haushaltsreden ihrer Fraktionen.

(siehe Anlagen;
KR S. Scharpf hat seine Rede frei gehalten)

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt sich KR Spangenberg damit einverstanden, dass in

Zusammenhang mit dem Antrag zur Bekämpfung des Springkrauts der Beschlussentwurf der Zuvorlage FIN/048/2015/2 zur Abstimmung gestellt wird (und nicht der Beschlusstext des Antrags der Grünen).

Der Vorsitzende schlägt folgendes Procedere für die Abstimmung vor:

1. Antrag CDU: „Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement in den Städten und Gemeinden“
2. Antrag SPD: „Anschub für sozialen Wohnungsbau im Landkreis Ravensburg“
3. Antrag SPD: „Verpflichtungsermächtigung für den Erwerb von Ökopunkten“
4. Antrag FDP: „Fahrradabstellplatz“
5. Antrag Grüne: „Kreisumlage-Hebesatz 33,5 %“
6. Antrag SPD: „Kreisumlage-Hebesatz 33,0 %“
7. Antrag Grüne: „Bekämpfung des indischen Springkrauts“
8. Antrag FDP: „Nachhaltige Kreisfinanzen“
9. Antrag SPD: „Infrastrukturelle Begleitmaßnahmen für den Center Park“

Gegen diese Reihenfolge werden keine Einwendungen vorgebracht.

Antrag CDU: „Die Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement in den Städten und Gemeinden weiter ausbauen“

Der Vorsitzende wünscht eine weitere Konkretisierung des Antragstextes, vor allem bezüglich der Gesamtsumme des Haushaltsansatzes und der Empfänger dieser Mittel.

Auch die KRe Spieß und M. Lang hätten dieses Thema gerne nochmals diskutiert und über den Verwendungszweck sowie die Sicherstellung einer korrekten Verteilung der Mittel ausführlicher beraten.

KR Prof. Dr. Dieing warnt davor, unterschiedliche Formen von Ehrenamt zu bilden und rät ebenfalls zu einer sorgfältigen Prüfung vor einer Beschlussfassung.

KR Restle verweist auf den akuten Handlungsbedarf und ruft zu einem unbürokratischen Handeln auf. Er beziffert den erforderlichen Haushaltsansatz auf 60.000 €.

KRin Fiegel-Hertrampf schlägt vor, heute lediglich über die Erhöhung des bestehenden

Haushaltsansatzes zu beschließen. Die nähere Ausgestaltung der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements solle zu einem späteren Zeitpunkt vom zuständigen Ausschuss vorgenommen werden.

Antrag der CDU in der zuletzt geänderten Form:

Der Landkreis Ravensburg gewährt eine finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferkreise und erhöht dafür den bestehenden Haushaltsansatz auf insgesamt 60.000 €. Die Details der Vergabe sind im Sozialausschuss zu regeln.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

Antrag SPD: Anschub für sozialen Wohnungsbau im Landkreis Ravensburg

Der Vorsitzende erinnert an den gemeinsamen Antrag der KRe Moll und M. Lang auf Gründung einer Kreiswohnbaugesellschaft, der vom Kreistag am 12.11.2015 zur weiteren Behandlung in den Verwaltungsausschuss verwiesen worden war. Die Thematik stehe auf der Agenda der Verwaltung und werde entsprechend vorbereitet. Sobald nähere Zahlen und Daten vorliegen, könne die Finanzierung geklärt werden, ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushalts, der aller Wahrscheinlichkeit nach erforderlich werde. Insofern würde der Vorsitzende diesen Antrag heute gerne aus der Abstimmung herausnehmen.

KR Clement signalisiert sein Einverständnis, sofern das Handeln der Verwaltung zugesichert wäre, beispielsweise in Form eines Sperrvermerks oder Nachtragshaushalts.

Antrag der SPD in abgeänderter Form:

Für das Thema Wohnungsbau wird vorsorglich ein Betrag von 500.000 € bereitgestellt, mit einem Sperrvermerk bis zur Beratung im zuständigen Ausschuss.

Beratungsergebnis: bei 13 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag SPD: Verpflichtungsermächtigung für den Erwerb von Ökopunkten im Jahr 2017 in Höhe von 100.000 €:

In den Haushalt 2016 wird keine Verpflichtungsermächtigung für den Erwerb von Ökopunkten in Höhe von 100.000 € eingetragen. Der Landkreis generiert stattdessen die für Straßenbaumaßnahmen erforderlichen naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen selbst.

Beratungsergebnis: bei 22 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Antrag FDP: Fahrradabstellplatz:

KR Gallasch begründet den Antrag der FDP.

Herr Baur spricht sich gegen die Verschiebung aus, zumal mit dieser Maßnahme auch andere Vorhaben einhergehen, zum Beispiel die Entwässerung. Konkrete Zahlen werde er im Ausschuss für Umwelt und Technik vorstellen.

KR Aicher wünscht eine Überprüfung, ob die Überdachung mit Solarmodulen ausgestattet werden kann.

Antrag der FDP:

Der Neubau des Fahrradabstellplatzes für 250.000 € (Haushaltsplan S. 229) soll nach Möglichkeit geschoben werden. Die dadurch im Jahr 2016 reduzierten Auszahlungen sollen zu einer verminderten Kreditaufnahme führen.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, nach deutlich kostengünstigeren Varianten für den Bau eines Fahrradabstellplatzes zu suchen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (bei 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Antrag Grüne: Kreisumlage-Hebesatz

Erhöhung des Hebesatzes zur Kreisumlage um einen Prozentpunkt von derzeit 32,5 Punkten auf **33,5** Punkte

Beratungsergebnis: bei 19 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Antrag SPD: Kreisumlage-Hebesatz

Ausgehend von der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung, welche für das Haushaltsjahr 2016 einen Hebesatz von 33,5 Punkten vorgesehen hatte, wird der Kreisumlage-Hebesatz für das Haushaltsjahr 2016 um 0,5 Punkte unter diesen Planwert gesenkt und auf **33,0** Punkte festgesetzt.

Beratungsergebnis: bei 19 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Beschlussentwurf der Zuvorlage FIN/048/2015/1, geändert durch die o.g. Anträge der CDU-Fraktion zum Thema Helferkreise und der SPD-Fraktion zum Thema Wohnungsbau:

1. Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung, der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule (IKP) sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kultur im Landkreis Ravensburg für das Jahr 2016 wird mit folgenden Änderungen verabschiedet:

Haushaltsplan Kernverwaltung:

- Kostenerstattung an die Rettungsleitstelle (THH 51) - 200.000 €,
- Mietaufwand Schützenstr. 69, Ravensburg, Amt für Migration und Integration (THH 22) + 200.000 €.

2. Im Rahmen des Betrauungsakts für die Krankenhäuser in Ravensburg, Wangen und Bad Waldsee beschließt der Kreistag die Ausgleichszahlungen für das Wirtschaftsjahr 2016 wie im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP auf Seite 19 und in den Anlagen auf den Seiten 35-37 dargestellt.

Beratungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag Grüne: Bekämpfung des indischen Springkrauts in Projekten mit Asylbewerbern / Beschlussentwurf der Zuvorlage FIN/048/2015/2

Nach einer allgemeinen Debatte über das Springkraut stellt KR Sing den **Antrag zur Geschäftsordnung:**

Die Angelegenheit soll ohne weitere Beratung umgehend zur Abstimmung gegeben werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschlussentwurf der Zuvorlage FIN/048/2015/2:

Der Kreistag stimmt der Durchführung des Springkrautprojektes in der vorgestellten Form durch das Umweltamt zu. Sollte die Förderung durch das Land ausfallen, berät der AUT, ob das Projekt über eine außerplanmäßige Ausgabe im Jahr 2016 verwirklicht werden soll.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Antrag FDP: Nachhaltige Kreisfinanzen

Der Kreistag möge in geeigneter Form (z.B. in Klausurtagungen oder einer Haushaltsstrukturkommission) die Frage beraten, wie er sich finanziell insgesamt aufstellen möchte. Dies umfasst die strategische Positionierung als auch die Aufgabenkritik.

Hierbei sollen u.a. folgende Fragen diskutiert werden:

Welche freiwilligen Aufgaben möchte der Kreis in welchem Umfang erbringen?

Wie können die Effizienz und die Effektivität der Zielerreichung nachgehalten werden?

Welche Konsequenzen erfolgen bei ineffektiven bzw. ineffizienten Policies?

Vorschlag des Vorsitzenden: Über diese Thematik soll in der Klausurtagung des Kreistags diskutiert werden.

KR Gallasch erklärt sich damit einverstanden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Antrag SPD: Infrastrukturelle Begleitmaßnahmen des Landkreises für den Center

Park

Nachdem die positive Entscheidung für die Realisierung des Center Parks in Leutkirch gefallen ist, soll der Landkreis Ravensburg die notwendigen begleitenden Infrastrukturmaßnahmen für die Region Allgäu (Leutkirch und Isny) zügig planen, vorbereiten und realisieren. Insbesondere die Radwege-Planung und der ÖPNV sind in Hinblick auf das Projekt anzupassen.

Vorschlag des Vorsitzenden: Verweis in den Ausschuss für Umwelt und Technik.

KR Bindig erklärt sich damit einverstanden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Asylunterbringung: Status und Ausblick zur Herstellung von Unterkünften, einschl. Zehntscheuer Gessenried im BHM Wolfegg (IKP/075/2015 und IKP/075/2015/1)

Herr Baur stellt die aktuelle Situation und die Prognose bis 04/2016 mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Er ergänzt den Satz 2 der Nr. 3a des Beschlussentwurfs der Zuvorlage IKP/075/2015/1 um folgende Formulierung: *„... und auch die Verpflichtungen aus bereits bestehenden Mietverträgen werden nicht mehr erfüllt.“*

KR Spangenberg bittet darum, die Zehntscheuer für die Flüchtlingsunterbringung nicht in Anspruch zu nehmen, wohlwissend, dass sich der Landkreis dann vorwerfen lassen müsse, nicht alle kreiseigenen Immobilien heranzuziehen.

KR P. Müller erklärt, weshalb die Gemeinde Wolfegg bis dato keine Unterkünfte auf ihrer Gemarkung zur Verfügung stellen kann. Nach Abwägung aller Argumente sei die Belegung der Zehntscheuer immer noch eine verträglichere Lösung als die Belegung kommunaler Räumlichkeiten wie beispielsweise der Gemeindehalle.

KR Smigoc erinnert an die Solidaritätsvereinbarung der Städte und Gemeinden. Alle seien gefordert, ihren Teil beizutragen und „bis an die Schmerzgrenzen zu gehen“. Daher müsse auch der Landkreis sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen. Dies wäre sogar ein wichtiges Signal an die Gemeinden. Allerdings sei noch die mögliche Rückforderung von Museums-Fördermitteln zu prüfen. KR Smigoc schlägt eine weitere Ziffer im Beschlussentwurf vor, mit

der die Verwaltung beauftragt wird, umgehend nach abgeschlossener Prüfung zu reagieren und in Abstimmung mit der Gemeinde Wolfegg die Maßnahme umzusetzen.

KR P. Müller ergänzt: „... sofern dies machbar ist und die Gemeinde Wolfegg bis dahin ihre Quote nicht erfüllt hat“.

KR M. Lang hält dies angesichts der vertraglichen Bindungen für bedenklich. Er rät dazu, die Belegung der Zehntscheuer vorerst auszusetzen und nach entsprechenden Alternativen zu suchen.

KR A. Müller legt großen Wert darauf, die vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten. Dies sei der Landkreis seinen Bürgern gegenüber schuldig.

KR Zintl nimmt Bezug auf die Schwabenkinder-Ausstellung, die das Migrationsthema aufnimmt. Der museale Zusammenhang würde durchaus für die Unterbringung von Flüchtlingen sprechen.

KR S. Scharpf mahnt, den guten Willen der Bevölkerung nicht überzustrapazieren.

KR Forderer weist darauf hin, dass die Vertragseinhaltung auch bei der Belegung von Stadt- und Gemeindehallen zu beachten sei und dort ebenso zu großen Problemen führen könne. Die Situation bei der Zehntscheuer sei diesbezüglich sogar noch überschaubar.

Der Vorsitzende stellt die von den KRen Smigoc und P. Müller formulierte **Ergänzung des Beschlussentwurfs** zur Abstimmung:

3d) Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, das Vorhaben umzusetzen, sofern die Gemeinde Wolfegg bis dahin ihre Quote nicht erfüllt hat.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 4 Enthaltungen)

KR Prof. Dr. Dieing wünscht eine getrennte Abstimmung.

Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Beschlussentwurf Ziffer 3 mit Ergänzung in a und mit zusätzlicher Ziffer d:

- a) Die Zehntscheuer Gessenried des Bauernhausmuseums in Wolfegg wird bis auf weiteres nicht mehr für Veranstaltungen vermietet **und auch die Verpflichtungen aus bereits bestehenden Mietverträgen werden nicht mehr erfüllt**. Die daraus resultierenden Ertragsausfälle des Eigenbetriebs Kultur während der belegungsfreien Zeit werden im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 festgestellt und anstatt einer Mietzahlung durch eine entsprechende Erhöhung des Betriebszuschusses ausgeglichen.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die aus der Entscheidung nach 3a) sowie einer möglichen Nutzung der Zehntscheuer für Zwecke der Flüchtlingsunterbringung (direkt oder indirekt) resultierenden oder zumindest zu befürchtenden Regressforderungen (insbesondere Rückforderung von Museumsfördermitteln durch das Land, Rückforderung von Interreg-Mitteln durch das Gemeinsame Sekretariat beim RP Tübingen) verbindlich zu klären und den Kreistag über das Ergebnis zu unterrichten.
- c) Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob kurzfristig andere Möglichkeiten zur vorläufigen Unterbringung auf dem Gelände des Bauernhausmuseums Wolfegg hergestellt werden könnten.
- d) Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, das Vorhaben umzusetzen, sofern die Gemeinde Wolfegg bis dahin ihre Quote nicht erfüllt hat.**

Beratungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Beschlussentwurf gesamt Ziffern 1 bis 3:

1. Der in der Vorlage dargestellten Unterbringungsstrategie wird zugestimmt. Der Kreistag spricht sich insbesondere auch für die Umsetzung des Konzepts „Wohnmodule in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft“ aus.
2. Die Verwaltung wird zur Umsetzung der Ziffer 1. ermächtigt, abweichend von den Regelungen der Hauptsatzung die Entscheidungen über die Planung, Durchführung und Vergaben von Bauvorhaben bis zu 1 Mio. €, über den Erwerb von Grundstücken und Grundstücken bis 1 Mio. €, die Entscheidung über den Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen sowie den Abschluss von Kreditverträgen in eigener Zuständigkeit zu treffen.
3. a) Die Zehntscheuer Gessenried des Bauernhausmuseums in Wolfegg wird bis auf weiteres nicht mehr für Veranstaltungen vermietet **und auch die Verpflichtungen aus bereits bestehenden Mietverträgen werden nicht mehr erfüllt**. Die daraus resultierenden Ertragsausfälle des Eigenbetriebs Kultur während der belegungsfrei-

en Zeit werden im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 festgestellt und anstatt einer Mietzahlung durch eine entsprechende Erhöhung des Betriebszuschusses ausgeglichen.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, die aus der Entscheidung nach 3a) sowie einer möglichen Nutzung der Zehntscheuer für Zwecke der Flüchtlingsunterbringung (direkt oder indirekt) resultierenden oder zumindest zu befürchtenden Regressforderungen (insbesondere Rückforderung von Museumsfördermitteln durch das Land, Rückforderung von Interreg-Mitteln durch das Gemeinsame Sekretariat beim RP Tübingen) verbindlich zu klären und den Kreistag über das Ergebnis zu unterrichten.

c) Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob kurzfristig andere Möglichkeiten zur vorläufigen Unterbringung auf dem Gelände des Bauernhausmuseums Wolfegg hergestellt werden könnten.

d) Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, das Vorhaben umzusetzen, sofern die Gemeinde Wolfegg bis dahin ihre Quote nicht erfüllt hat.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

4. Oberschwabenklinik - Kapitalerhöhung für das Jahr 2016 (IKP/072/2015)

Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag beschließt, die kapitalstärkende Maßnahme in Höhe von 3 Mio. € im Jahr 2016 für die Oberschwabenklinik wie vorgeschlagen umzusetzen.
2. Herr Landrat Sievers wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung die dafür erforderlichen Beschlüsse zu fassen.
3. Die Obergrenze des Liquiditätsdarlehens des Gesellschafters Landkreis Ravensburg wird zeitgleich um 3 Mio. € abgesenkt.

Beratungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

5. Landratsamt Außenstelle Bad Waldsee, Unterbringung der Verwaltung am Standort Bad Waldsee (IKP/065/2015)

Beschlussentwurf:

Der Kreistag spricht sich für die Zentralisierung der Kreisverwaltung in Bad Waldsee in den Räumen des Personalwohnheim beim Krankenhaus Bad Waldsee aus.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zu aufgezeigten Varianten 1 und 4 fortzuführen und für eine abschließende Entscheidung den zuständigen Gremien zur Entscheidung im März 2016 vorzulegen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Landratsamt Außenstelle Leutkirch, Unterbringung der Verwaltung am Standort Leutkirch (IKP/067/2015)

Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag spricht sich für die Zentralisierung der Verwaltung in Leutkirch in den Räumen des Gesundheits- und Verwaltungszentrums aus. Im ersten Etappieringsschritt soll die Belegung des 1.Obergeschosses mit dem Amt für Migration und Integration umgesetzt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine kostenreduzierte Variante für den Umbau des 1.OG durch Verzicht auf Rückbau von krankenhaustypischen Grundriss-Strukturen und Einrichtungen und durch reduzierten Ausbaustandard, parallel zu der vorgestellten Lösung, zu erarbeiten. Diese Entwurfsvarianten mit zugehöriger Kostenberechnung werden von den Planungsbüros erarbeitet und im März 2016 den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

2. Das Konzept zur Zentralisierung der Verwaltung am Standort Leutkirch, im Gesundheits- und Verwaltungszentrums, soll weiter vorangetrieben werden. Die hierzu erforderlichen Planungsleistungen zur Ausarbeitung einer Vorplanung mit Kostenschätzung sollen beauftragt und in den zuständigen Gremien zur Entscheidung im März 2016 beraten werden. Die Verwaltung wird beauftragt, das Mietverhältnis für das Jobcenter in Leutkirch zum 30.06.2017 zu beenden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

7. Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg ab dem 01.01.2016; hier: Festsetzung der Gebühren für Selbstanlieferer (AW/031/2015/5)

Beschlussentwurf:

- (1) Der Kreistag billigt die Kalkulation der in der ab 01.01.2016 geltenden Abfallwirtschaftssatzung festzusetzenden Gebührensätze nach § 25 gemäß der dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten „Dokumentation Gebühren Selbstanlieferung (Entsorgungszentren)“.
- (2) Der Kreistag stimmt den gerundeten Gebührensätzen gemäß der Anlage 2 dieser Sitzungsvorlage zu.
- (3) Der Kreistag beschließt die Änderung der Abfallwirtschaftssatzung einschließlich der Gebührensätze für Selbstanlieferung gemäß der Anlage 3 dieser Sitzungsvorlage.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

8. Fortschreibung des Deponiebewirtschaftungskonzepts Inertstoffdeponie Gutenfurt (D2/043/2015)

KR Hämmerle bittet darum, mit dem Ortschaftsrat Taldorf in enger Abstimmung zu bleiben, um vor Ort keine falschen Eindrücke zu erwecken.

KR S. Scharpf erkundigt sich nach den Möglichkeiten des Landkreises, selbst eine weitere Deponie zu betreiben.

Herr Baur erläutert die betriebswirtschaftlichen Aspekte. Zur Einleitung der Standortsuche müsse der Kreistag der Verwaltung den entsprechenden Auftrag erteilen.

Beschlussentwurf:

Das Deponiebewirtschaftungskonzept der Inertstoffdeponie Gutenfurt wird entsprechend der Variante 2 fortgeschrieben. Die jährliche Einbaumenge wird damit auf 45.000 to in Jahren 2016 und 2017 erhöht. Der Vertrag über die Vermietung und den Betrieb der Deponie Gutenfurt zwischen der REAG mbH und dem Landkreis Ravensburg wird mit dem Nachtrag in der Anlage 1 entsprechend angepasst.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 3 Enthaltungen)

9. K 8011, Neubau Brücke und Anschluss an die B12 bei Eglofstal – Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens (SBA/029/2015)

KR Kleiner verlässt wegen Befangenheit bei diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung.

KR Krattenmacher stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die Angelegenheit ohne Aussprache umgehend zur Abstimmung zu geben.

KR Spangenberg wendet sich dagegen; dies sei ein Affront gegen den Grundsatz der Transparenz.

Der Vorsitzende schlägt vor, nur KR Spangenberg die Gelegenheit zu geben, seine Position zu vertreten.

KR Krattenmacher ist der Auffassung, dass dies eine Diskussion eröffnen und Grund für die Formulierung der Gegenposition darstellen würde.

Der Vorsitzende bietet an, jeweils eine Rede für und gegen den Beschlussentwurf der Verwaltung zuzulassen.

KR Krattenmacher hält den **Antrag zur Geschäftsordnung** aufrecht:

Die Angelegenheit soll ohne Aussprache umgehend zur Abstimmung gegeben werden.

Beratungsergebnis: bei 24 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

KR Spangenberg begründet seine ablehnende Haltung gegen den geplanten Brückenneubau. Eine Sanierungsmaßnahme würde auch bei der Bevölkerung auf eine größere Akzeptanz stoßen.

KR Krattenmacher verweist auf die unvorhersehbaren Kostenentwicklungen bei Sanierungen und auf die aktuellen Hochwasserrichtlinien.

KR Prof. Dr. Dieing spricht sich mit Blick auf den Rettungsdienst für die Neubaumaßnahme aus.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1) die Genehmigungsplanung für die Variante 1 des Brückenneubaus durch das Staatliche Bauamt Kempten zum Abschluss bringen zu lassen und eine Vereinbarung mit dem Landkreis Lindau über die Aufgaben- und Kostenverteilung für Planung und Bau der Maßnahme abzuschließen,
- 2) die Planung für die Maßnahme 2) „K8011, Verlegung mit neuem Anschluss an die B 12“ durchzuführen,
- 3) einen Antrag zur Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für beide Maßnahmen zu stellen, sobald die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Beratungsergebnis: bei 15 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen
Befangen: KR Kleiner

10. Suchthilfe GmbH - Trägerschaft für den Kontaktladen "Die Insel" (SP/016/2015)

Beschlussentwurf:

1. Die Mitgliedschaft des Landkreis Ravensburg als Gesellschafter der Suchthilfe GmbH wird mit Wirkung zum 31.12.2016 gekündigt.
2. Der Sozialausschuss wird zu gegebener Zeit über eine Fortführung der Bezuschussung ab 2017 entscheiden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. Naturschutzbeauftragte; hier: Verlängerung der Amtszeiten von Frau Sonja Boda und Herrn Dr. Thomas Heilig (D4/011/2015)

Beschlussentwurf:

Die Amtszeit der Naturschutzbeauftragten wird verlängert:

- Frau Sonja Boda um 5 Jahre bis zum 31.12.2020 und
- Herr Dr. Thomas Heilig für 5 Jahre bis zum 28.02.2021

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

12. Wiederbestellung von Herrn Oliver Surbeck zum ehrenamtlichen Kreisbrandmeister (RE/007/2015/1)

Der Vorsitzende verweist auf die anstehende Wahl und fragt, ob es Widerspruch gegen eine offene Wahl gibt.

Niemand widerspricht.

Die KRe Prof. Dr. Dieing und Wurm danken Herrn Surbeck für seine geleistete Arbeit.

Beschlussentwurf:

Der Kreistag bestellt Herrn Oliver Surbeck für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2020 zum ehrenamtlichen Kreisbrandmeister.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

13. Umwandlung eines Rückzahlungsanspruchs Planungskosten Südbahn gegen die Stadt Ravensburg in einen Zuschuss zugunsten des Landes (VE/010/2015 und VE/010/2015/1)

Beschlussentwurf:

Der Rückzahlungsanspruch für vorfinanzierte Planungskosten (Leistungsphasen I und II) der Südbahnelektrifizierung wird, wie dargelegt, in einen Zuschuss zugunsten des Landes umgewandelt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

14. Beteiligung an der Finanzierung des INTERREG V-Projektes „Bekämpfung Kirschessigfliege“ (LW/008/2015)

Beschlussentwurf:

Der Kreistag beschließt eine Finanzierungsbeteiligung am INTERREG V-Projekt „Bekämpfung der Kirschessigfliege“ in Höhe von 15.000 €/Jahr für die Jahre 2015, 2016 und 2017.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

15. Humanitäre Hilfen

Der Vorsitzende greift die Tradition der humanitären Hilfen auf. Er teilt mit, dass insgesamt 18 Projekte ausgewählt worden seien, die sich über alle Kontinente erstrecken.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

16. Besetzung des Jugendhilfeausschusses; hier: Wahl von Herrn Jürgen Harder, Referat Prävention Polizeipräsidium Konstanz, als stellvertretendes beratendes Mitglied zum Nachfolger von Herrn Lopez-Diaz (JU/060/2015 und JU/060/2015/1)

Beschlussentwurf:

Herr Jürgen Harder, Referat Prävention Polizeipräsidium Konstanz, wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestellt.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Jugendhilfeausschusses und der weiteren Ausschüsse von diesen Änderungen unberührt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

17. Entsendung von Vertretern des Landkreises in Gremien

a) Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Konstanz-Ravensburg

b) Aufsichtsrat Stiftung KZBO (D3/024/2015)

Beschlussentwurf:

1. In den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Konstanz-Ravensburg – Gruppe der Öffentlichen Körperschaften – wird für die 13. Amtsperiode Frau Diana E. Raedler, Dezernentin für Arbeit und Soziales, als Vertreterin des Landkreises Ravensburg entsandt.

2. Als Vertreter des Landkreises Ravensburg für den Aufsichtsrat der Stiftung KBZO wird Herr Dr. Michael Föll, Leiter des Gesundheitsamtes, vorgeschlagen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

18. Mitteilungen und Anfragen

Antrag der Grünen-Fraktion: Öffentliche Vorberatungen in den Ausschüssen

Der Vorsitzende schlägt vor, die Angelegenheit in den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

KRin Pfluger ist damit einverstanden.

Gegen dieses Vorgehen werden aus der Mitte des Gremiums keine Einwendungen geltend gemacht.

Sitzungsunterlagen

KR Clement bemängelt, dass die Sitzungsvorlagen nicht mehr durchnummeriert sind.

Der Vorsitzende erklärt den Wegfall der Nummerierung mit der Beratungsfolge der unveränderten Sitzungsvorlage in mehreren Gremien. Die daraus resultierende leicht erschwerte Übersichtlichkeit sei jedoch nur beim Papierversand gegeben. Mit dem geplanten Einsatz von Mandatos könne dieses Problem gelöst werden.

Inklusionskonferenz

KRin Fiegel-Hertrampf erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand. Sie fragt, ob die Fraktionen auch jeweils zwei Personen entsenden können.

Frau Raedler informiert über den voraussichtlichen Termin 11.03.2016 und kündigt entsprechende Einladungen mit Tagesordnung an. Eine Erweiterung auf zwei Personen pro Fraktion sei grundsätzlich möglich. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass die Arbeitsfähigkeit eines Gremiums mit zunehmender Größe abnimmt.

Kontrolle Hochwasser

KR Aicher teilt mit, per E-Mail eine Nachfrage zum Thema Hochwasserkontrolle an das Landratsamt gerichtet zu haben.

Der Vorsitzende sichert eine umgehende Beantwortung durch den Dezernenten zu.

Kreistag am 17.12.2015:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

20. Annahme des Vergleichs beim Rechtsstreit über die Klage des im Rahmen des Projekts "Neustrukturierung Krankenhaus St. Elisabeth, 1. Bauabschnitt", mit Bodenbelagsarbeiten beauftragten Unternehmens (IKP/076/2015)

Beschlussentwurf:

Der von der Verwaltung vorgelegte Vergleich wird nicht widerrufen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

21. Kauf des Bruggenhof in Wilhelmsdorf-Zusstdorf für die Asylunterbringung (IKP/074/2015)

Beschlussentwurf:

Dem Kauf des Bruggenhof, Lindenstraße 33 in Wilhelmsdorf-Zusstdorf zur Asylunterbringung wird wie vorgestellt zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

22. Anmietung von Büroflächen der Arbeitsagentur in Ravensburg (IKP/077/2015)

Beschlussentwurf:

Der Anmietung der Büroflächen in der Arbeitsagentur, Schützenstr. 69 Ravensburg, wird wie vorgestellt zugestimmt.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

23. DiPers GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages (D3/025/2015)

Beschlussentwurf:

Die Aufgaben der DiPers GmbH gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags (Gegenstand und Zweck des Unternehmens) (Anlage 1), werden wie folgt ergänzt:

- Die Durchführung weiterer Aufgaben als Träger der freien Jugendhilfe im Rechtskreis der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII, insbesondere für die Personengruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA).

Die Vertreterin des Landkreises in der Gesellschafterversammlung wird ermächtigt, der entsprechenden Änderung des Gesellschaftsvertrags der DiPers GmbH zuzustimmen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 8 Enthaltungen)

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Daniel Gallasch

Dieter Krattenmacher

Rede des Fraktionsvorsitzenden Bürgermeister Volker Restle
in der Kreistagsitzung am 17. Dezember 2015 zum Kreishaushalt 2016
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Verwaltung,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

von Papst Johannes dem 23. stammt das Zitat: „Wenn man zu weit in die Zukunft schaut, läuft man Gefahr, den Mut zu verlieren“. Übertragen auf 2016 bedeutet dies, dass wir mehr noch als in den Jahren zuvor bei der Aufstellung unseres Haushalts wieder einmal fremd bestimmt sind. Bei den zwei Themen, die uns seit Jahren intensiv beschäftigen – die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Oberschwabenklinik – können wir auch in diesem Jahr wieder nur reagieren.

Die Welt ist in Bewegung. Wir durchlaufen und erleben eine bewegte und bewegende Zeit. Viele Menschen waren und sind immer noch im Aufbruch. Vieles hat sich verändert, einiges befindet sich im Umbruch. Es herrscht aber keine Aufbruchsstimmung in unserer Gesellschaft, es gibt leider nur wenig Zukunftsoptimismus. Die Menschen machen sich große, machen sich sehr große Sorgen, was die Zukunft bringen wird, wie die Zukunft aussehen wird. Wir stehen vor sehr großen Herausforderungen. Doch leider können wir, müssen wir derzeit nur reagieren. Wir bestimmen nicht die Anzahl der Flüchtlinge, und auf Gesetze ist unser Einfluss äußerst begrenzt. Der nicht endende Strom von Flüchtlingen fordert, teilweise überfordert er uns alle. Die Reaktionsskala wird breiter, die Sorgen und zunehmend auch die Ängste größer. Wir alle, EU, Bund, Land, Landkreise, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, sind gefordert, wir sind in einer „Verantwortungsgemeinschaft“. Die große Welle der Hilfsbereitschaft ist überaus beeindruckend und bewundernswert. Wir können all den vielen helfenden Menschen, die ebenso wie sehr viele Mitarbeiter in der Landkreis- und in den Kommunalverwaltungen weit über ihre Leistungsgrenzen hinausgehen, nur herzlich danken.

Was für uns selbstverständlich klingt, ist es in vielen Teilen der Welt nicht. Wo Unterdrückung, Krieg, Hunger und Not herrscht, suchen die Menschen nach Hilfe. 60 Millionen sind

weltweit auf der Flucht. Die dramatischen Bilder, die uns aus den Kriegsgebieten erreichen, zeigen: Die pure Not treibt die Menschen aus ihrer Heimat in die Fremde. 800.000 kommen voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland, es wird aber auch schon von 1 Million oder gar 1,5 Millionen gesprochen. Man fühlt sich an den Ausspruch von Heraklit erinnert „Pantarrheia“, zu Deutsch „alles ist im Fluss“ oder – etwas sarkastisch – alles schwimmt.

Niemand weiß so richtig, was auf uns zukommt. Die Reaktionsskala wird breiter, die Sorgen größer. Ich gebe dem Bundespräsidenten recht, wenn er sagt: „Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten endlich“ – jedenfalls in der Geschwindigkeit des Zuzugs derzeit. Wir brauchen eine Willkommenskultur, das ist und bleibt wichtig, wir brauchen aber auch eine Willkommensstruktur! Und das betrifft alle Ebenen – EU, Bund, Land, Landkreise und Kommunen sind gefordert. Dazu braucht es klare politische Entscheidungen:

Wir brauchen deshalb einen klaren Kurs mit klaren Zielen.

- 1.) Wir brauchen eine weltweite, wir brauchen eine europäische Solidarität.
- 2.) Wir brauchen eine rasche Befriedung der Konflikte im Nahen Osten um den Zuzug zu begrenzen.
- 3.) Bund und Land müssen beschlossene Maßnahmen schneller und konsequenter umsetzen. „Bisherige Hindernisse werden aus dem Weg geräumt und organisatorische Prozesse gestrafft“ (Landesportal Baden-Württemberg, 10. November 2015) „Diejenigen, die nicht verfolgt sind, nicht aus Bürgerkriegsgebieten kommen, die müssen wir wieder in ihre Heimat zurückführen.“ Das Asylrecht sei für diese Menschen der falsche Weg, um in Deutschland zu bleiben, so der baden-württembergische Ministerpräsident.
- 4.) Die Asylverfahren müssen verkürzt werden. Was in der Schweiz in Tagen entschieden wird, das kann und darf in Deutschland nicht Monate oder Jahre dauern.
- 5.) Landkreise und Kommunen dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben.
- 6.) Auf Landkreisebene muss das Bündnis für Asyl mit den Städten und Gemeinden weiterhin von allen nicht nur unterstützt, sondern auch tatkräftig umgesetzt werden. Wir müssen weiter am Ball bleiben und neue Unterkünfte suchen und schaffen damit unsere Mehrzweck-, Sport- und Turnhallen so schnell wie möglich wieder frei werden und wir keine weiteren Hallen belegen müssen.

Weiterhin sind von Seiten des Landes die rechtlichen Rahmenbedingungen dergestalt anzupassen, dass die Verantwortlichen vor Ort die notwendigen Entscheidungen möglichst kurzfristig, pragmatisch und rechtssicher treffen können. So müssen zwischenzeitlich etablierte Standards in der Flächennutzung und im sozialen Bereich auf den Prüfstand. Denn sowohl der Aufgabe, möglichst kurzfristig baureifes Land zur Verfügung zu stellen als auch dem Druck, ankommende Flüchtlingskinder in Kinderbetreuungseinrichtungen mit zu versorgen, können die Landkreise sowie die Städte und Gemeinden auf Grundlage des aktuellen Rechtsrahmens nicht gerecht werden.

- 7.) Angesichts der aktuellen Bevölkerungsprognose des statistischen Landesamtes, der hinzukommenden Arbeitsmigration und dem aktuellen Flüchtlingszugang sind wir überzeugt, dass in Baden-Württemberg der Bedarf an zusätzlichen Flächen angenommen werden kann und die Hinweise zur Plausibilitätsprüfung in der Bedarfsflächenermittlung im Flächennutzungsplanverfahren sofort zu revidieren sind.
- 8.) Die Dauer eines Bebauungsplanverfahrens inklusive der vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung und Ausgleichsplanungen (Untersuchungen während einer ganzen Vegetationsperiode, Umsiedlung gegebenenfalls ansässiger Arten während der darauf folgenden) sowie der neu etablierten Möglichkeit zum Bürgerentscheid dauert in der Regel mehrere Jahre. Wir sprechen uns in keiner Weise gegen den Umwelt-, bzw. Artenschutz aus, wir kommen aber zu der eindeutigen Einschätzung, dass wir die Zeit für solche Verfahrensdauern schlicht nicht haben. Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2016 eine sechsstellige Zahl an Menschen in der Anschlussunterbringung ankommen wird. Und Wohnungen, die heute nicht begonnen werden zu bauen, können in einem Jahr nicht bezogen werden.
- 9.) Viele Kommunen haben die Planung für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften vorangebracht, die Projekte könnten umgesetzt werden. Allerdings ist der Fördertopf des Programms „Wohnraum für Flüchtlinge“ schon seit einigen Monaten überzeichnet. Vor einer positiven Bescheidung der Anträge ist auch die Umsetzung der Baumaßnahme blockiert. Neben der Tatsache, dass ganz offensichtlich zu wenige Fördermittel zur Verfügung stehen muss hier dringend ein Weg gefunden werden, um den Kommunen zumindest einen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn zu eröffnen.

- 10.) Die in Baden-Württemberg geltenden Raum- und Mindestpersonalvorgaben im Rahmen der Kinderbetreuung begründen nach einer Bertelsmannstudie die beste Betreuungsqualität in ganz Deutschland. Angesichts der aktuellen und noch zu erwartenden Zugangszahlen gehen wir auf Grundlage der geltenden Reglementierungen allein im Kindergartenbereich von 1.500 und im Krippenbereich von über 800 zusätzlichen Gruppen aus. Ohne eine Flexibilisierung der Standards in diesem Bereich werden wir diese Aufgabe weder finanziell noch personell lösen können. Umso bedauerlicher ist es, dass entgegen den Hinweisen der Städte und Gemeinden das Flexibilisierungspaket in der Kleinkindbetreuung im Sommer dieses Jahres vom Kultusministerium nicht verlängert wurde. Klar ist, wir brauchen sowohl diese entfallenen als auch noch weit darüber hinausgehende Flexibilisierungsmöglichkeiten.

Um es nochmals in aller Deutlichkeit zu betonen: Wir anerkennen und unterstützen die Bemühungen und Maßnahmen der Landkreisverwaltung. Wir sehen die verzweifelte Suche nach Unterkünften. Das Engagement in der Verwaltung und bei den Ehrenamtlichen ist vorbildlich. Viele Mitarbeiter und viele Ehrenamtliche arbeiten bis zur Erschöpfung um die Flüchtlinge unterzubringen sie zu betreuen und sie mit dem Notwendigsten zu versorgen.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir insbesondere das Engagement dieser freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer würdigen und etwas zu Ihrer Entlastung bei dieser wichtigen Aufgabe beitragen. Wir beantragen deshalb, dass der Landkreis Ravensburg den Städten und Gemeinden zur finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferkreise vor Ort einen pauschalen Betrag in Abhängigkeit der Einwohnerzahl zur Verfügung stellt.

Der Landkreis Ravensburg unterstützt die Arbeit der ehrenamtlichen Helferkreise derzeit mit einer finanziellen Förderung (bis zu 770 Euro pro Jahr und Helferkreis). Dabei ist die betreute Personenzahl bislang nicht relevant. Die zahlreichen Helferkreise im Landkreis Ravensburg leisten derzeit einen erheblichen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. In nahezu allen Städten und Gemeinden engagieren sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger bei der Ankunft und Betreuung der Hilfesuchenden. Zunehmend ist jedoch zu beobachten, dass der anhaltend starke Zustrom die ehrenamtlichen Kräfte an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Aus diesem Grund möchte die CDU-Fraktion das Engagement und die Hilfsbereitschaft der Menschen wertschätzen und die finanzielle Förderung der Helferkreise anpassen. Da sich der Aufwand für die ehrenamtlichen Helferkreise in Abhängigkeit zur Zahl der betreuten Flüchtlinge verändert, soll durch eine Staffelung der bestehende Pauschalbetrag ersetzt werden.

Die Situation unseres Haushalts ist gegenüber der unserer Nachbarkreise schon etwas außergewöhnlich. Dies soll auch hier noch einmal verdeutlicht werden. Der Kreiskämmerer pflegt zu sagen: der Haushalt ist auf Kante genäht - wie eigentlich jedes Jahr. Doch was ist daran im Landkreis Ravensburg so speziell?

Wie bereits zu Beginn meiner Ausführungen dargestellt, sind wir bei der Aufstellung unseres Haushalts wieder einmal fremd bestimmt. Bei den zwei Themen, die uns seit Jahren intensiv beschäftigen – die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Oberschwabenklinik – können wir auch in diesem Jahr wieder nur reagieren.

So kommen im Jahr 2016 auf den Landkreis Kosten in Höhe von fast 9,0 Mio. Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zu, die im Moment von den Zuschüssen des Landes nicht gedeckt sind.

In der Addition der Verluste des Eigenbetriebs IKP aus der Bereitstellung der Immobilien der Akutkrankenhäuser, sowie von medizinischen Geräten und Ausstattungen ergibt sich für das Jahr 2016 eine Zuschusssumme in Höhe von 10 Mio. Euro für die Oberschwabenklinik. Diese Summe entspricht der jährlichen Subvention des Landkreises für den Betrieb der Akutkrankenhäuser in Ravensburg, Wangen und Bad Waldsee. Im Jahr 2015 waren dies 9 Mio. Euro, 2017 und 2018 werden wohl 12 Mio. und 11 Mio. Euro fällig werden. In diesen Summen nicht enthalten ist eine Eigenkapitalverzinsung in Höhe von jährlich 500.000 Euro, bzw. die durch den Landkreis geleisteten Kapitalerhöhungen zur Finanzierung der Verluste aus Vorjahren von jährlich jeweils 3 Mio. Euro sowie die Investitionskosten für den Neu- bzw. Umbau des Elisabethenkrankenhauses.

Aufgrund dieser Zahlen ist im Kernhaushalt des Landkreises zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder eine Kreditaufnahme vorgesehen. Diese geplante Kreditaufnahme kann dazu führen, dass wir in den nächsten Jahren die von uns in den Leitzielen zur Kreisstrategie angestrebte Schuldenobergrenze von 100 Millionen eventuell nicht halten können.

Der einfachste Weg wäre ja nunmehr, die Kreisumlage um einen, zwei, drei oder sogar vier Punkte zu erhöhen. Im Vorfeld der diesjährigen Haushaltsdebatte hat der Verwaltungsausschuss jedoch mehrheitlich entschieden, dies nicht zu tun und wir sind nach vielen, langen und intensiv geführten Diskussionen in den Ausschüssen, in der Fraktion und untereinander weiter der Ansicht, dass dies in diesem Jahr auch der richtige Weg ist.

Das Jahr 2016 und auch der Haushalt für 2016 stellen uns vor eine besondere Situation. Die Unterbringung der ankommenden Flüchtlinge ist eine Herausforderung, die es in dieser Dimension für den Landkreis wohl noch nicht gab. Eine Situation, die uns allen, den Landkreis, wie auch die Städte und Gemeinden besonders fordert. Diese Situation verlangt von uns, dass wir genau überlegen, wo und wie es weitergeht und genau überlegen was zu tun und in welcher Weise etwas zu tun ist.

Als wir im vergangenen oder vorvergangenen Jahr ich meine sogar einstimmig, die Verschuldungsobergrenze von 100 Millionen festgezurr haben, war noch keinem von uns diese nun vor uns stehende Herausforderung bekannt. Uns war zu diesem Zeitpunkt nicht wirklich bewusst, dass wir allein im Jahr 2016 – 25 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen aufzubringen haben.

Aufgrund dieser Sondersituation, deren Ende sich im Moment aber leider auch noch nicht abzeichnet wird es schwer wenn nicht sogar unmöglich sein diese von uns allen gewünschte Schuldenobergrenze zu halten.

Ich glaube, dass wir alle einig und auch sicher sind, dass wir - der Landkreis, die Städte und Gemeinden und die vielen ehrenamtlich und unentgeltlich tätigen Helferinnen und Helfer die vor uns stehende große Herausforderung und Aufgabe schaffen, bewältigen und auch meistern werden. Wir müssen aber auch ehrlich zu uns und zu unserer Bürgerinnen und Bürgern sein, dass eine erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe nicht ohne Folgen sein wird und wir alle in irgendeiner Form etwas davon spüren werden.

Aus diesen Gründen kann die von uns allen gewünschte Schuldenobergrenze von 100 Millionen lediglich eine rote Linie sein, die in Ausnahmesituationen wie wir sie im Moment haben auch mal überschritten werden muss.

Dies bedeutet aber auch, dass die vor uns stehenden Lasten von allen Ebenen, dem Bund, dem Land, den Landkreises und den Städten und Gemeinden entsprechend zu tragen sind.

Bereits vor zwei Jahren haben die Städte und Gemeinden mit dem Landkreis als erster und wie ich meine auch einziger Landkreis im Land einen Solidarpakt zur Unterbringung der Flüchtlinge beschlossen. Die Städte und Gemeinde haben sich darin bereit erklärt, den Kreis sowohl personell, finanziell und insbesondere ideell (wenn es darum geht die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und von der Dringlichkeit der Aufgabe zu überzeugen) zu unter-

stützen und gemeinsam mit dem Landkreis die Herkulesaufgabe der Flüchtlingsunterbringung anzupacken.

Es wäre deshalb jetzt ein falsches Signal die offenen Kosten dieser Aufgabe über eine ansteigende Kreisumlage an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Zumal diese durch unseren Solidarpakt bei der Erstunterbringung für den Landkreis und durch die anstehende Anschlussunterbringung auch selbst vor riesigen Herausforderungen stehen.

Eine Erhöhung der Kreisumlage in der jetzigen Situation würde unweigerlich dazu führen, dass die Städte und Gemeinde die weiter ansteigen Ausgaben an ihre Bürgerinnen und Bürger weitergeben müssen, was faktisch bedeuten würde, dass die Grund- und Gewerbesteuern noch weiter erhöht werden müssten. Dies wäre aus unserer Sicht in der heutigen Situation in denen der Bund und das Land jährlich neue Rekorderlöse im Steuerbereich vermelden das falsche Signal für den Wirtschaftsstandort Landkreis Ravensburg.

Bei den Ausgaben des Landkreises im investiven Bereich sollte es sich ja eigentlich lediglich um eine Zwischenfinanzierung handeln, da diese Kosten letztendlich, so hoffe ich doch, wie zugesagt vom Land finanziert werden, bzw. die erstellten Unterkünfte in den nächsten Jahren von den Städten und Gemeinde zur Anschlussunterbringung gekauft oder angemietet werden.

Mir ist durchaus bewusst, dass meine Fraktion und die Kollegen der Freien Wähler wohl auch in diesem Jahr von der linken Seite des Plenums wieder als mit dem Landkreis unsolidarische Betonköpfe der Bürgermeisterfraktion gebrandmarkt werden. So liegen wie erwartet zur heutigen Kreistagsitzung zwei Anträge einer der Grünen und einer der SPD zur Anhebung der Kreisumlage um einen, bzw. einen halben Punkt vor. Einer der Anträge wird damit begründet, dass für die Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge erhebliche zusätzliche Leistungen zu erbringen sind. Ich möchte deshalb auf die Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 14.10.2015 verweisen, in der von Seiten unseres Ministerpräsidenten (Grüne) und des Finanz- und Wirtschaftsministers (SPD) den Landkreisen, den Städten und Gemeinde versichert wird, dass die gesamten anfallenden Kosten hierfür im Rahmen einer Spitzabrechnung auch entsprechend vom Land übernommen werden. Wir, die Mitglieder der CDU Kreistagsfraktion vertrauen im Gegensatz zu ihren Parteigängern dem Ministerpräsidenten und dem Finanz- und Wirtschaftsminister und halten deshalb aufgrund dieser Zusagen eine hierfür erforderliche Kreditaufnahme oder eine Anhebung der Kreisumlage hierfür nicht erforderlich.

Weiterhin sollten wir uns nochmals intensiv Gedanken machen, ob wir die Unterkünfte wirklich selber bauen und finanzieren sollten oder ob es zur Verhinderung einer weiteren Verschuldung nicht besser wäre diese zu mieten oder leasen. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob man für den Bau der Unterkünfte, sofern dann erforderlich nicht auch die zinslosen Darlehen der KfW nutzen könnte.

Aufgrund der angestiegenen Steuerkraftsumme der Landkreise im vergangenen Jahr erhält der Landkreis von seinen Städten und Gemeinde im anstehenden Haushaltsjahr ohne eine Erhöhung der Kreisumlage 6 Millionen Euro mehr wie im letzten Jahr. Des Weiteren darf ich Sie auf unsere Diskussionen in der vergangenen Jahren hinweisen, in denen die Kreisumlage hätte theoretisch weiter gesenkt werden können, wir aber hiervon zugunsten der Schuldentilgung verzichtet haben. Dass diese Aussage richtig ist, beweisen die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre, die jeweils einen satten Jahresüberschuss vorweisen konnten. Außerdem darf ich auch noch darauf hinweisen, dass die in der Diskussion dargestellten Belastungen die durch das WGV-Urteil der Stadt Ravensburg auf den Landkreis zukommen im zweitnachfolgenden Jahr über den Finanzausgleich wieder ausgeglichen werden.

Unser Botschaft, unser Signal an die Städte und Gemeinden darf nicht sein, dass der Landkreis ihnen im Rahmen des Solidarpaktes die Flüchtlinge zur Unterbringung schickt und sie dafür auf der anderen Seite über die Kreisumlage auch noch zur Kasse gebeten werden. Gleichzeitig müssen wir auch der Landesregierung klarmachen, dass wir auf eine gerechte Spitzabrechnung in allen Bereichen bestehen, es kann nicht sein, dass sich Grün-Rot in Stuttgart mit einer schwarzen Null im Haushalt rühmt und wir als Landkreis Schulden aufnehmen oder die Kreisumlage erhöhen müssen.

Wie bereits zu Beginn meiner Ausführungen dargestellt, sind wir bei der Aufstellung unseres Haushalts wieder einmal fremd bestimmt. Bei den zwei Themen, die uns seit Jahren intensiv beschäftigen – die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Oberschwabenklinik – können wir auch in diesem Jahr wieder nur reagieren. Wir sollten deshalb auf Seiten des Landkreises das Jahr 2016 intensiv nutzen um im Rahmen einer Haushaltsstrukturkommission die im Haushalt dargestellten Aufgaben zu durchforsten und eine intensive Diskussion darüber führen, was wir uns zukünftig aufgrund unserer Situation noch leisten wollen, bzw. können.

Es wäre noch vieles zu sagen zum Haushalt 2016, etwa, dass der Teilhaushalt Soziales wieder mit Abstand der größte Brocken im Haushalt ist. Dass unser Personalbestand in 2016 um fast 100 Stellen aufgestockt werden muss. Dass wir durch die zwingende Einführung der

Biotonne aus der Grundhaltung "Stadt und Land - Hand in Hand" eine wirtschaftlich vernünftige Struktur im Landkreis geschaffen haben, die letztlich allen zugute kommt und nicht nur die Verlustgeschäfte bei der öffentlichen Hand belässt. Dass wir auch weiterhin Wert darauf legen, dass wir auch künftig genügend bezahlbaren Wohnraum und vielfältige Arbeitsplätze in unserem Kreis haben. Wir wollen das Wachstum zulassen ohne soziale, wirtschaftliche oder ökologische Verwerfungen zu riskieren. Dafür benötigen wir zusätzlichen Platz. Da wir auch die landwirtschaftlichen Flächen schonen müssen, sind die Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen auf land- und forstwirtschaftlich weniger interessante Flächen zu konzentrieren. Gerade diese Flächen müssen zuvorderst dazu dienen das Bevölkerungswachstum zu ermöglichen und nicht um ökoträumerische EU- und landesfinanzierte Projekte zu puschen. Dass uns unsere Infrastruktur, die Berufsschulen und Berufsschulstandorte, die Breitbandversorgung sowie der Straßenbau auch zukünftig am Herzen liegen müssen oder dass wir bei der OEW Ausschüttung in den nächsten Jahren leer ausgehen werden.

Aber ich will's damit jetzt bewenden lassen.

Abschließend darf ich in diesem Sinne für das gute Miteinander zwischen Politik und Verwaltung herzlich Dank sagen. Dank dem Landrat Harald Sievers, der ersten Landesbeamtin, Frau Meschenmoser, den Dezernenten und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises, der zugehörigen Eigenbetriebe und GmbHs, hier insbesondere der Oberschwabenklinik, welche stets um das Wohl des Landkreises und der Menschen in unserem Landkreis bemüht sind.

Ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder aller Kreistagsfraktionen für die offene, kollegiale, vielfach auch freundschaftliche Zusammenarbeit und manch nette Stunde in und außerhalb dieses Gremiums.

Und noch ein herzliches Dankeschön den Redakteurinnen und Redakteuren der Schwäbischen Zeitung, des Südwestrundfunks und der weiteren Medien für die stete Begleitung und aufgeweckte Berichterstattung.

Haushalt 2016

Rede der Freien Wähler zur KT – Sitzung am 17. Dez. 2015

Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrter Herr Baur, liebe Kollegen im Kreistag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit Sommer dieses Jahres stehen die Beschlussvorschläge der Verwaltung immer am Anfang der Sitzungsvorlage und nicht am Ende wie früher. So möchte ich dies zu Beginn meiner Rede auch tun und Ihnen mitteilen, wie wir zum Haushalt 2016 stehen. Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Haushalt 2016 zu. Dies beinhaltet auch eine Kreisumlage in Höhe von 32,5 Punkten, also einen gleichbleibenden Kreisumlagehebesatz. Dies werde ich nun auch erläutern und begründen.

Das Thema Flüchtlingsunterbringung bewegt die politische Landschaft wie kaum ein anderes die letzten Jahre. Die Auswirkungen sind auch für den Kreishaushalt spürbar. Wir werden über 19 Mio in diesem Bereich investieren, dazu kommen Ausgaben in Millionenhöhe für Personal und Sachkosten. Dies ist eine Aufgabe, die eine riesige Herausforderung darstellt. Ja und wir können das Schaffen diese Herausforderung zu meistern, um im Wortlaut von Frau Merkel und unseres Ministerpräsidenten Kretschmann zu bleiben. Leider erwarte ich aber von der großen Politik nicht nur diesen Satz, sondern vor allem eine Erklärung „**wie**“ wir das Schaffen. Das fragen sich auch unsere Bürgerinnen und Bürger immer mehr und ich rede da nicht von irgendwelchen Menschen, die sich politisch am rechten Rand bewegen, sondern von Menschen, die in unseren Dörfern und Städten aktiv am Gesellschaftsleben teilnehmen. Es muss sich etwas ändern, weil wir es zum einen unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind aber auch den Flüchtlingen selber. Integration funktioniert nur wenn es auch leistbar ist. Und wir Bürgermeister erleben gerade wie die Stimmungen sind. Ich brauche da ja nur den grünen Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, zitieren. Für mich überhaupt nicht nachvollziehbar ist es auch, dass Beschlüsse, die im November in der Bundesregierung abgestimmt mit den Bundesländern vereinbart wurden bis heute nicht im Bundestag zur Beratung und damit zur Beschlussfassung anstehen, weil man die Parteitage von CDU und SPD abwarten musste. Ja wo sind wir eigentlich? Einen Einsatz der Bundeswehr mit Flugzeugen in Syrien wird innerhalb einer Woche vom Bundestag entschieden, obwohl dies eine weitreichende Entscheidung ist. Beschlüsse, die aber das Thema Flüchtlinge in ich sage mal geordneteren Bahnen lenken sollen, werden aufgrund fadenscheiniger Begründungen einfach verschoben, obwohl es dringend geboten und absolut notwendig wäre, Entscheidungen zu fällen. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis. Und ich möchte nur mal

darauf hinweisen, dass es Gesetze gibt, die gerade überhaupt nicht beachtet werden. Es gibt nun mal das Schengen und Dublin-Abkommen, die einfach nicht angewandt werden. Wie sollen wir damit auf der unteren Ebene eigentlich noch glaubwürdige Politik machen? Wie sollen wir Recht und Gesetz dann eigentlich noch umsetzen? Das sind Fragen, die in Berlin und Stuttgart jetzt schnellstmöglich beantwortet werden müssen. Hier kann ich Seneca, den römischen Philosophen zitieren:

„Wenn ein Seemann nicht weiß, welches Ufer er ansteuern muss, dann ist kein Wind der richtige.“

Noch einmal möchte ich betonen, dass wir es schaffen können. Dazu sind die Freien Wähler mehr als bereit, und das können wir auch darlegen. Wenn Sie meine Bürgermeisterkollegen der Freien Wähler und die anderen Kollegen, die alle Gemeinderäte sind, betrachten, dann sind diese überwiegend in Gemeinden tätig, die viel für die Flüchtlingsunterbringung tun, z.B. die Stadt Isny, die große Kreisstädte Weingarten und Wangen, oder auch meine Gemeinde Fronreute, die gerade im Moment diesen Nachmittag 33 Flüchtlinge zusätzlich aufnimmt.

Zu der Frage an die große Politik „wie wir das schaffen sollen“? gehört aber vor allem auch die finanzielle Ausstattung. Es ist leider so, dass von Bund und Land eben nicht alles nach unten durchgereicht wird. Es ist nett zu sehen und zu hören, wie von Bund und Land erklärt wird, dass keine Schulden aufgenommen werden müssen und keine Steuern erhöht werden müssen wegen dem Thema Flüchtlingsunterbringung. Leider ist dies nur die halbe Wahrheit, denn der Landkreis und die Städte und Gemeinden stehen am sogenannten Ende der Nahrungskette. Wir haben sehr wohl Mehrausgaben und Investitionskosten, die von staatlicher Seite nicht gedeckt sind. Hier erwarten wir mehr finanzielle Unterstützung von Bund und Land. Dieser Verschiebeparkplatz ist nicht zu verantworten und nicht in Ordnung.

Ich muss aber die Kreisverwaltung und auch die Kollegen von der SPD und den Grünen auf die Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg hinweisen, die am 13.10.2015 getroffen wurde. Darin wurde vereinbart, dass alle Kosten der Flüchtlingsunterbringung spitz abgerechnet werden. Dies führte zu einer Presseerklärung der kommunalen Spitzenverbände, die auch vom Vorsitzenden des Landkreistages unterzeichnet wurde. Ich zitiere daraus: „

„Durch die Einigung ist nun künftig nicht mehr zu befürchten, dass Flüchtlingsausgaben der Kreise zu Lasten des Kreishaushaltes gehen und womöglich über die Kreisumlage gedeckt werden müssen“.

Das ist vereinbart und ich möchte schon darum bitten und gehe auch davon aus, dass diese Vereinbarungen auch eingehalten werden, wenn Politik überhaupt noch glaubwürdig sein soll. Es wird ja auch zur Zeit weiter verhandelt. So halten es auch viele andere Landkreise, die somit keine Erhöhungen der Kreisumlage wegen der Flüchtlingsthematik einfordern. Von

dem her, lieber Herr Baur, gehe ich davon aus, dass diese Gelder eben nicht von uns finanziert werden müssen und somit die Luft im Haushalt sehr wohl vorhanden ist und wir mit einer gleichbleibenden Kreisumlage gut klar kommen.

Ich möchte auch erwähnen in welche besondere Situation die Städte und Gemeinden mit dem Landkreis eingetreten sind. Wir haben im Landkreis Ravensburg schon vor Monaten einen Pakt, und zwar freiwillig, beschlossen um Erstunterbringung und Anschlussunterbringung gemeinsam anzugehen. Sie wissen meine Damen und Herren, dass die Erstunterbringung Aufgabe des Landkreises ist. Die Städte und Gemeinden haben sich aber solidarisch gezeigt und gehen auch das Thema mit an.

Das heißt konkret, dass wir personelle Kapazitäten einsetzen, die nicht refinanziert sind, dass wir Betreuungsfunktion übernehmen, die uns keiner ersetzt, dass wir Gebäude anmieten, kaufen und jetzt auch bauen, wo klar ist, dass es keine 100% Kostenerstattung gibt. Alles Dinge, die wir nicht tun müssen aber im Sinne der Flüchtlinge und in guter Zusammenarbeit mit dem Landkreis für mehr als sinnvoll erachten. Dieser Pakt ist aber von beiden Seiten mit Leben zu erfüllen. Denn es ist nicht einzusehen, dass obwohl wir dies alles ohne einen hundertprozentigen finanziellen Ausgleich tun, die Städte und Gemeinden noch mit einem höheren Kreisumlagehebesatz bestraft werden sollen. Ich denke liebe Kolleginnen von Grün und Rot, dass dies Ihnen gar nicht bewusst ist, sonst hätten sie sicherlich auf Ihre Anträge verzichten müssen. Wir tun hier gemeinsam etwas einmaliges in Baden-Württemberg, worauf auch eine Landesregierung stolz ist. Lassen Sie uns dies auch weiterhin gemeinsam tun und zerstören Sie nicht dieses starke Fundament.

Ich möchte mich aber auch bei den Mitarbeitern im neuen Migrationsamt mit Herr Preißinger und Herrn Thiel an der Spitze zusammen mit Ihnen Frau Meschenmoser, bedanken für diese Mammutaufgabe, die sie mit Bravour gerade stemmen. Einbezogen dabei sind die Mitarbeiter der von IKP, die bei der Wohnraumbeschaffung großes leisten. Wobei ich weiterhin darauf hinweisen möchte, dass wir noch viele Abstimmungsprobleme und Reibungsverluste haben, weil die Trennung in verschiedenen Ämtern vorhanden ist. Wir als Freie Wähler haben von Anfang an darauf hingewiesen und dies voraus gesehen. Wir bitten deshalb um schnellstmögliche Abhilfe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

durch die Flüchtlingsthematik wurde das bisher dominierende Thema OSK überlagert. In diesem Jahr hat uns das Sanierungskonzept der OSK weiterhin ständig begleitet. Das soge-

nannte 3-Säulen-Modell wird seit dem Jahre 2014 in vielen Bereichen umgesetzt. Dazu musste die OSK selber einen Beitrag erbringen. Dies scheint auch geglückt, separat betrachtet macht die OSK ein positives Betriebsergebnis. Einen großen finanziellen Beitrag zur Sanierung leistet das Personal, das über einen Notlagentarifvertrag bis Mitte nächsten Jahres Einschnitte hinnehmen muss. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Unterstützung dieses steinigen und harten Weges. Sie verdienen unseren Respekt und höchste Anerkennung. Wir sind stolz auf die großartige Leistung des Personals.

Wenn man aber eine ehrliche Betrachtung macht, dann müssen alle Zahlen auf den Tisch. Und dann sieht man wie weit und lang der Weg noch ist. Der größte Teil des Sanierungsbeitrages muss weiterhin vom Landkreis erbracht werden. Und hierzu muss ich betonen, wir als Landkreis sind ein guter Gesellschafter, wir übernehmen die Miete, zumindest größtenteils, wir übernehmen Geräteanschaffungen, wir sorgen für Kapital und übernehmen die regulären Verluste. Um dies mal in Zahlen auszudrücken: Für das Jahr 2016 werden insgesamt 17,9 Millionen EURO kassenwirksam aufgewendet. Davon sind als Beihilfezuschuss 12,6 Millionen aufgeführt. Und es fließt bei weitem nicht alles in den Neubau EK, der Rest sind unsere Unterstützungsleistungen. Und auch die nächsten Jahre werden jedes Jahr hohe Millionenbeträge nötig sein. Wir sehen, dass die Sanierungsmaßnahmen im Moment greifen und die OSK die gesteckten Ziele bisher wohl erreichen kann. Es müssen aber weiterhin große Anstrengungen bei der Sanierung unternommen werden, bisher fiel manches noch leicht, doch jetzt kommen die schwierigeren Dinge. Wir erwarten von der Geschäftsführung den Sanierungsprozess weiter zu führen und auch von den leitenden Mitarbeitern die notwendige Unterstützung hierzu. Wir wünschen uns auch weiterhin, dass es nicht zum großen Konkurrenzkampf der beiden letzten verbliebenen kommunalen Krankenhausgesellschaften (OSK und Friedrichshafen) im Süden von Baden-Württemberg kommt, weil damit niemanden geholfen ist. Wir hoffen, dass der Gesprächsfaden nicht abreißt und beide Seiten erkennen, dass die Krankenhauslandschaft in Oberschwaben nur durch intensive Zusammenarbeit und Kooperation zukunftsfähig ist. Danken möchten wir aber der Geschäftsführung mit Ihnen Herrn Dr. Wolf an der Spitze, der IKP, mit Ihnen an der Spitze, Herr Baur mit ihrem gesamten Team für die Umsetzung des Sanierungsprozesses.

Weiterhin versuchen wir Freie Wähler durch unsere Politik Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir möchten deshalb noch einmal auf die SWAT-Analyse und die Regionalstudie der Firma Prognos AG eingehen, die im Frühjahr 2015 vorgestellt wurde. Sie wird und muss uns in vielen Bereichen eine wertvolle Entscheidungshilfe sein. Dem Landkreis wird dabei zum einen ein gutes Zeugnis ausgestellt und zum anderen auch viele Chancen für die Zukunft vorhergesagt, genauso wie Probleme und Risiken. Diese gilt es nun im neuen Haushaltsjahr

auch anzugehen. Wir als Freie Wähler sehen uns durch die Prognos Studie darin bestärkt, dass gerade im Bereich Infrastruktur weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. An erster Stelle in der Studie wird der Ausbau flächendeckender Breitbandnetze und die Unterstützung des Zweckverbandes Breitbandversorgung genannt. Der Zweckverband hat im Moment 33 Mitglieder, zwei weitere Gemeinden wollen im Jahr 2016 Mitglied werden. In allen anderen Landkreisen in Baden-Württemberg übernimmt der jeweilige Landkreis diese Aufgabe und stellt Geld und Personalressourcen zur Verfügung. Wir sollten deshalb im nächsten Jahr darüber reden, wie der Landkreis diesen Verband und damit die Gemeinden unterstützen kann. Wichtig ist uns auch die Verbindungen in die anderen angrenzenden Landkreise und die Verzahnung mit den Städten Ravensburg und Weingarten. Dafür brauchen wir die Unterstützung des Landratsamtes. Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Landrat Sievers bedanken, dass Sie dieses Thema bisher so positiv begleiten. Für die Zukunftsfähigkeit dieses Landkreises ist es elementar wichtig, dass eine gute Versorgung mit schnellem Internet zur Verfügung steht.

Weiter spricht die Prognos Studie von einem wachsenden Engpass bei der Gewerbeflächenversorgung bei einem anhaltenden Investitionsbedarf der Unternehmen. Ich bin dankbar über die heutige Zeitungsmeldung in der Ausgabe Wangen, dass das Gewerbegebiet IKO-WA aus Sicht der Raumordnung für in Ordnung befunden wurde. Nun gilt es wie es Kollege Krattenmacher angekündigt hat gemeinsam eine gute Lösung hin zu bekommen. Es ist einfach so, dass wir auch Arbeitsplätze vor Ort anbieten müssen.

Außerdem herrscht Wohnungsknappheit, was zur Ausweisung weiterer Wohngebiete führen sollte. Durch die Plausibilitätsprüfung und dem Bauflächenbedarfsnachweis von Seiten des Landes Baden-Württemberg sehen wir die kommunale Selbsthoheit langsam in Frage gestellt. Es kann nicht sein, dass die Käseglocke über Baden-Württemberg gelegt wird und bei uns so gut wie keine Flächen mehr ausgewiesen werden dürfen. Und dies zu Zeiten wo völlige Wohnungsknappheit herrscht und tausende Flüchtlinge unterzubringen sind. Wie man deshalb jetzt immer noch nicht an das Thema in Stuttgart heran geht ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar und skandalös. Wo sollen denn die Menschen auf Dauer noch ein Dach über dem Kopf haben, wo sollen wir Sie denn unterbringen? Wir möchten auch aus diesem Grunde die Verwaltung bitten, den Antrag der beiden Kollegen Moll (CDU) und Lang (Freie Wähler) auf Gründung einer Kreiswohnbaugesellschaft baldmöglichst zu prüfen und zur Beratung vorzulegen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch der SPD-Fraktion mitteilen, dass es nicht in Ordnung ist, den gleichen Antrag als den Ihrigen heute zu verkaufen. Und wegen den 500.000 EURO möchte ich Sie eines fragen: Welche Partei stellt in Bund und Land den Wirtschaftsminister, der eigentlich dafür jeweils zuständig wäre, die Gelder zur Verfügung zu stellen? Somit bräuchte man den Antrag nicht.

Wichtig ist auch das Thema Verkehr. Die Instandhaltung der Kreisstraßen und der Ausbau von Radwegen muss uns auch einiges wert sein. Das neue Radwegekonzept ist beschlossen, nun müssen wir dafür sorgen, dass wir die Liste auch abarbeiten.

Die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes steht Anfang des Jahres 2016 auf der Agenda. Wir haben uns hier im Landkreis und vor kurzem auch im Regionalverband einstimmig auf eine Prioritätenliste geeinigt, was eminent wichtig war. Es ist uns gelungen in der Region mit einer Stimme zu sprechen. Es muss aber in den nächsten Wochen unsere gemeinsames Ziel sein, den Molldietetunnel, den Ausbau der B 30 im Bereich Gaisbeuren und den Ausbau der B 32 in den vordringlichen Bedarf endgültig zu bringen, um die stark überlastete Verkehrsinfrastruktur gerade für die Unternehmen aber auch die Bevölkerung zu verbessern. Vordringlich ist auch die Elektrifizierung der Südbahn. Dieses politische Trauerspiel der letzten Wochen ist ein Paradebeispiel für Politikverdrossenheit. Wie die kleinen Kinder kann man nur sagen, die gegenseitigen Schuldzuweisungen sind nicht mehr auszuhalten. Wahlkampf hat hier keine Rolle zu spielen. Dies gilt in erste Linie den beiden Ministern Dobrindt und Hermann aber auch allen Abgeordneten der Region. Macht endlich einen Knopf an die Sache.

Unser ÖPNV gilt es ebenfalls weiter zu entwickeln. Insbesondere die Entwicklungen flexibler Bedienformen im öffentlichen Verkehrsangebot, die Barrierefreiheit sowie die auch im ländlichen Raum nun vermehrt sinnvoll nutzbare Elektromobilität sehen wir als wichtige Entwicklungsfelder an, denen sich der Landkreis in Zusammenarbeit mit Bodo stellen muss. Wir, die Freien Wähler, würden diesen Themenkomplex gerne aktiv angehen und werden dazu in einer der nächsten VA-Sitzung einen Antrag formulieren.

Zur weiteren positiven Entwicklung dieses Landkreises gehören auch die Schulen und Hochschulen. Die Bildung ist für unsere junge Generation absolut wichtig. Als Schulträger müssen wir zum einen für gute Gebäulichkeiten mit der entsprechenden Ausstattung sorgen. Hierzu sind wir dankbar, dass wir den Investitionsstau angegangen sind und auch im neuen Haushaltsjahr Gelder zur Verfügung stehen.

Wir erkennen aber auch, dass der Landkreis nicht schlecht da steht, weil es hier eine starke Wirtschaft und vor allem einen engagierten Mittelstand gibt. Dazu besitzt dieser Landkreis etwas ganz wertvolles, nämlich zum einen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fleißige Menschen in den Betrieben und zum anderen Menschen, die mit großen und kleinen Taten, mit ihrem Wissen, Können und Interesse dazu beitragen, dass wir unseren Landkreis weiterentwickeln und weiterbringen konnten. Und es gibt unzählige Menschen in diesem Landkreis, die anderen Menschen in einer Notlage Mithilfe und Unterstützung gegeben haben, die Kinder und Jugendliche begleitet haben auf ihrem Weg zu wachsen und zu reifen,

die Älteren und Kranken Hilfestellung für die Bewältigung der Alltagssituationen gegeben haben und die sich für das menschliche Miteinander, gerade in der Flüchtlingsthematik, eingesetzt haben. Dafür sagen die Freien Wähler herzlichen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das wichtigste in einem Unternehmen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen uns zuerst bei allen bedanken, die tagtäglich Ihre Frau oder Ihren Mann stehen und hervorragende und wertvolle Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger und das möchte ich nicht vergessen auch für unsere Gemeinden leisten.

Der Personaletat steigt dieses Jahr um 9,2 %, oder in Summe um 5,1 Mio €. Dies hat neben den tariflichen Steigungen auch damit zu tun, dass neue Stellen geschaffen werden müssen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Grundsätzlich gehe ich wie schon vorhin erwähnt von einer Refinanzierung aus. Wir stehen hinter diesem Stellenaufbau, bitten aber wie auch von der Verwaltung vorgesehen um eine teilweise stufenweise Besetzung mit zum Teil befristeten Arbeitsverträgen, so weit sich dies verantworten lässt. Keiner weiß wie sich die Asylbewerberthematik entwickelt.

Und so kommen wir zu den fundamentalen Finanz- und Rahmendaten dieses Haushalts. Hier gilt bei manchen Fraktionen das Motto: „Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.“ Nämlich am Gürtel der Kreisumlage.

Meine Damen und Herren,

trotz eines gleichbleibenden Kreisumlagehebesatzes erhält der Landkreis von seinen Gemeinden 6,1 Mio EURO mehr als im Jahr 2015. In Summe sind dies 109,3 Mio EURO. Immer wieder wird ja darauf hingewiesen, dass aber im letzten Haushalt eine Kreisumlageerhöhung von 33,5 Punkten in der mittelfristigen Finanzplanung angesetzt war. Dabei ging man aber auch nur von einem Aufkommen von 108,5 Mio EURO aus. Von dem her hat der Landkreis dieses Jahr mehr als mit einer Erhöhung überhaupt vorgesehen.

Nach den Zahlen soll die Liquiditätsreserve (was ungefähr der früheren Rücklage entspricht) komplett aufgezehrt werden und Kreditaufnahmen von 13,3 Millionen EURO vorgenommen werden. Wie auch im letzten Jahr wird der Kämmerer Herr Baur aber eine Verbesserung der Zahlen von 2015 vermelden können. Das heißt es wird mehr Geld in der Reserve sein und damit auch weniger Kreditaufnahme notwendig sein. Wir brauchen jetzt nicht mehr um zwei Flaschen Rotwein wetten Herr Baur, dass die Zahlen wieder besser sein werden, wie im Moment zugegeben. Ich habe trotzdem eine der beiden Flaschen dabei, die ich von Ihnen wegen der Wette vom letzten Jahr bekommen habe. Die bekommen Sie jetzt zurück, weil Sie einfach eine tolle und gute Arbeit machen. Die andere halte ich Ihnen noch vor, bis die

Abschlusszahlen 2015 vorliegen. Sie werden es mit Ihrer hervorragenden Arbeit hin bekommen, dass es nochmal zu einer Verbesserung des Ergebnisses kommen wird. Dann überreiche ich Ihnen die zweite Flasche als Anerkennung.

Und wir werden auch das Jahr 2016 positiver abschließen als im Plan aufgezeigt. Wenn nicht, wird es nur an der Flüchtlingsthematik liegen, wo uns Bund und Land dann aber unter die Arme greifen müssen. Wenn dem so ist, dann werden wir einen Nachtragshaushalt beschließen.

Uns Bürgermeistern wird gerne vorgeworfen, wir schauen nur auf unseren Kirchturm. Dies weisen wir zurück, weil wir hier alle den Eid geschworen haben, dass wir für gleiche Lebensverhältnisse im Landkreis sorgen werden. Und es kann nicht sein, dass die Gemeinden Ihre Haushalte nicht ausgleichen können. Noch einmal sei erwähnt, dass die Gemeinden im Gegensatz zu anderen Landkreisen die Erstunterbringung für die Flüchtlinge zu unserer Aufgabe mit gemacht haben und die Breitbandversorgung selber angehen. Und wir haben genau so viele Infrastrukturmaßnahmen vor uns wie der Landkreis. Genannt sind dabei Energetische Sanierungen, Straßensanierungen und Veränderungen der Schullandschaft und Ausbau der Kleinkindbetreuung. Und deshalb muss ein gemeinsamer Ausgleich her.

Wir Freie Wähler halten am Ziel einer Gesamtverschuldung von 100 Mio Euro weiterhin fest. Warten wir die Zahlen 2015 ab, warten wir welche finanziellen Mittel aus Stuttgart kommen. Dann werden wir sehen wie wir gemeinsam einen Haushalt 2017 hin bekommen.

Die Städte, Gemeinden und der Landkreis sitzen alle in einem Boot. Die Menschen im Landkreis erwarten von uns, dass wir die Herausforderungen der Zukunft auch gemeinsam meistern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich habe mir die Freiheit genommen einige Themen auszulassen oder nur anzureißen. Aber viele Dinge sind vorgegeben, vieles wurde hier ausführlich beraten und braucht deshalb nicht von mir nochmal bekräftigt zu werden oder sie werden mir von den anderen Fraktionen abgenommen.

In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank im Namen der Fraktion an die gesamte Verwaltung mit Ihnen, Herr Landrat Sievers an der Spitze, für die gute Arbeit das ganze Jahr über. Herzlichen Dank an die Kollegen Fraktionsvorsitzenden und allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für das gute und kollegiale Miteinander. Wir haben gemeinsam viel erreicht.

Zum Schluss noch ein paar Worte aus meiner Nikolausrede an die Fraktion der Freien Wähler:

Ihr Lieben Leut, es ist soweit,
es kommt nun bald die Weihnachtszeit,
und erzähle Euch ein paar Dinge aus dem Kreistag
die hoffentlich auch jeder mag:
Die OSK versucht Ihr zu sanieren
aber langsam müsstet ihr es kapiieren
die Millionen Verluste versanden im Papier
aber der Wolf verkündet Gewinne in bester Manier
Gesundheit ist uns allen ein Herzesanliegen
darum habt ihr klare Worte nie vermieden
für die Zukunft der OSK sind noch schwere Beschlüsse zu fassen
wichtig ist dass Ihr macht keine wilden und dummen Sachen
Die Flüchtlingsunterbringung wird immer mehr zum Problem
Weil in Berlin und Stuttgart das Thema für Kanzlerin und MP ist
unangenehm
Es wird Zeit dass die mal etwas auf die Bremse gehen
Sonst müssen wir hier unten noch mehr beim Haushalt rasen mähen
Wobei es wichtig ist zu helfa den Flüchtlingen,
und deshalb packt es positiv an mit Würde,
Anstand und solchen Dingen
Die OEW macht auch keine Freude mehr
da ist die Kasse auch komplett leer.
Leider zu spät hat man die Energiewende erkannt
Und Fukushima brachte dann alle um den Versstand
Eine neuen Landrat habt ihr auch gefunden
Obwohl manche haben sich mit der Entscheidung gewunden
Da gab es auch bei Einigen Stress, Streit und Qual
Wobei es jeder nur gut gemeint hat mit seiner Wahl

Harald Sievers wird der neue Chef nun genannt mit breitem Rücken

Das tut die Mitarbeiter ganz verzücken

Als Nordrheinwestfale muss er noch manches lernen im Schwabenland

Weil manchmal führt er sich noch auf außer Rand und Band

Wir werden ihn aber noch auf die richtige Bahn lenken

Weil er erkennen wird, dass wir alle immer mitdenken

Und die Kreisumlage soll wieder steigen geschwind

Obwohl die Grunderwerbsteuer ständig neue Gipfel erklimmt

Geld fehlt im Landkreis halt hinde und vorna

Wegen dene große Ausgabe sod ma halt spara lerna

Wobei manchmal verdummet mir schos des liebe Geld

zumindest bei manche Dinge sind mir im Landkreis it da Held

Schloß Achberg, Telekomgebäude und Ek als Beispiel genannt,

wie man manchmal Geld ausgebra ka ohne Maß und Verstand

Aber i wünsch Euch, dass mir krieget vom Land an Geld was mir brauchet

**damit der Landkreis sich weiterentwickelt und it aus dem letza
Loch rauchet**

Zum Schluss wünsche ich Euch viel Glück und Erfolg in der Kreispolitik

Und bleibet einfach bei der berühmta menschliche Logik

Machet einfach so weiter und hebet zsamma

Damit der Landkreis auf dem erfolgreicha Weg ka weiter ganga

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen auch im Namen der Fraktion der Freien Wähler
besinnliche Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2016.

Vielen Dank!

Siegfried Spangenberg

Uhlandweg 2
88239 Wangen

Rede zum Kreishaushalt 2016
am 17. Dezember 2015

„Nichts bessres weiß ich mir an Sonn-und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei
Die Völker aufeinander schlagen!

Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten.“

Johann Wolfgang von Goethe, Faust 1 Kapitel 5

Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrte Frau Meschenmoser,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag

Wenn ich mich in meiner voraussichtlich letzten Haushaltsrede hier im Ravensburger Kreistag an erster Stelle mit der Flüchtlingsfrage befasse, so hat dies neben meiner persönlichen Biografie vor allem damit zu tun, dass dies das derzeit drängendste Problem unserer gesamten Gesellschaft ist und uns noch viele Jahre auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen beschäftigen wird.

Und wenn ich mit einem Zitat aus Goethes Faust begonnen habe, so auch deshalb, weil dadurch deutlich wird, wie die Zeiten sich geändert haben. Wenn Goethe in seinem Meisterwerk einen gut situierten Bürger über Krieg und Frieden sinnieren lässt, so mag dessen Stammtischmeinung für die damalige Zeit noch als zutreffend durchgegangen sein. Heute aber, in unserer globalisierten Welt, ist überdeutlich geworden, dass weit entfernte Ereignisse, insbesondere aber Kriege, ihre direkten Auswirkungen auf uns und unsere Gesellschaft haben. Kürzlich wurde dies in der Süddeutschen Zeitung treffend so karikiert: Export Waffen-Import Flüchtlinge. Deutlicher als in vergangenen Jahrhunderten wirkt sich unser egozentrisches Handeln in den Industriestaaten der Nordhalbkugel nicht nur negativ auf die weniger entwickelten Regionen dieser Erde aus sondern wir erfahren mehr und mehr, dass die Rückwirkungen uns immer schneller einholen.

Meines Erachtens sind die derzeitigen Flüchtlingsströme in Richtung Europa nur die Vorboten einer Entwicklung, die sich nur mit einer strukturellen Änderung der ungerechten derzeitigen Weltwirtschaftsordnung ändern oder in andere Bahnen lenken lässt. Und dafür sehe ich leider kaum Anzeichen.

Lassen Sie mich zur Verdeutlichung noch ein anderes Zitat anführen: In einem der großartigsten Dokumente der Menschheitsgeschichte, in der von Thomas Jefferson verfassten und am 4. Juli 1776 in Philadelphia verabschiedeten Unabhängigkeitserklärung der USA heißt es: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their

Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the persuit of Happiness.“

Verstehen Sie mich bitte richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlich darf ein Staat oder eine Staatengemeinschaft regeln, wie der Zuzug von Menschen gesteuert werden soll, die ein unveräußerliches Menschenrecht, nämlich das Streben nach Glück für sich in Anspruch nehmen und deshalb zu uns kommen, ihre Heimat verlassen und dafür große Opfer bringen, Strapazen und oft schmerzliche Enttäuschungen auf sich nehmen müssen und sogar ihr Leben aufs Spiel setzen.

Aber es ist unverzeihlich, wenn dieses Streben nach Glück mit Negativbegriffen wie Asylmissbrauch Wirtschaftsflüchtlinge oder gar Sozialschmarotzer verunglimpft wird.

Und ich bin froh, dass ich diese Wortwahl in unserem Landkreis nur selten und wenn dann meist hinter vorgehaltener Hand oder dem Zusatz „man wird ja wohl noch sagen dürfen“ vernommen habe.

Wir sind in unserem Landkreis inzwischen auf einem guten Weg angelangt, um mit den unbestreitbar großen Problemen, welche die hohe Zahl der auch bei uns ankommenden Flüchtlinge bereiten, im Sinne humanistischen Handelns umzugehen. Nachdem auch bei uns längere Zeit eine Politik der Abschreckung nicht ganz von der Hand zu weisen war, sehe ich inzwischen eine hohe Bereitschaft auf allen kommunalen Ebenen, diese Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu behandeln. Das hat sicher auch damit zu tun, dass die Bevölkerung mit großer Hilfsbereitschaft die zahlreichen Helferkreise unterstützt, die sich allerorten gebildet haben und deren Einsatzbereitschaft entgegen mancher Unkenrufe ungebrochen geblieben ist und – davon bin ich überzeugt – auch bleiben wird. Und dass inzwischen auch in kleinen Gemeinden und den Ortschaften unserer größeren Städte angemessener Wohnraum für Flüchtlinge gesucht und gefunden wird ist Ausdruck dieser positiven Grundhaltung gegenüber den bei uns ankommenden Menschen aus uns oft fremden Kulturen.

Wie diese Menschen bei uns zu integrieren sind, ist allerdings nicht nur eine Frage der menschenwürdigen Unterbringung sondern eine gesamtpolitische Aufgabe, die uns große Anstrengungen auch in finanzieller Hinsicht abfordern wird. Dringend geboten ist es, für ausreichend viele professionelle Sprachkurse zu sorgen; denn eines hat sich längst herausgestellt:

Unsere mittelständischen Betriebe sind mehrheitlich offen und gerne bereit für die Beschäftigung von Flüchtlingen in ihren Unternehmen, wenn da nicht die Sprachbarriere wäre. Diese zu beheben haben sich viele ehrenamtliche Deutschlehrer zur Aufgabe gemacht. Aber das genügt bei Weitem nicht. Es kommt auf die regelmäßigen Kurse an, von denen seitens des Landkreises letztes Jahr zu wenige angeboten wurden und zu wenige vorgesehen sind.

Solche Bildungsangebote und Verpflichtungen zum deutsch Lernen sind teuer, sehr teuer. Aber es zu unterlassen oder auch nur halbherzig anzupacken ist auf die Zukunft gesehen weitaus teurer.

Und vor allem: je schneller die Integration über das Erlernen der deutschen Sprache geschieht, desto schneller können die Neuankömmlinge in unseren Arbeitsprozess eingliedert werden und das wieder zurückgeben, was in ihre Integration investiert worden ist.

Auch aus diesem Grund halten wir in der Fraktion eine Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt für dringend erforderlich. Gewiss, auch unsere Städte und Gemeinden werden jede für sich von dieser Aufgabe stark berührt und zusätzlich belastet. Dennoch ist es der Landkreis, welcher hier die größten Anstrengungen unternehmen muss – je schneller desto besser. Und was der Kreis da organisiert und bezahlt, kommt letztlich den Kommunen wieder zugute.

Sicher, das Land hat zugesichert, spitz abzurechnen und zusätzliche Kosten für die Integration über seine gesetzliche Verpflichtung hinaus zu übernehmen. Aber wir wissen alle, gerade weil es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dass wir zu den anfallenden Kosten nicht nur ein Scherflein beizutragen haben. Zusätzlich zu den Argumenten, die wir in unserem Antrag schriftlich ausgeführt haben und die auch Landrat Sievers in seiner Stellungnahme zum Haushalt 2016 aufgeführt hat, ist es dringend geboten, schnell und flexibel seitens des Kreises reagieren zu können, wenn sich Gelegenheiten bieten unkonventionell effektive Sprachkurse einzurichten und dafür gute Kräfte zu gewinnen und zu bezahlen.

Deshalb nochmals der dringende Appell an Sie alle: Stimmen Sie unserem Antrag auf Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt schon in diesem Haushaltsjahr zu. So haben wir im Kreistag dann auch die Möglichkeit, die nötigen Ausgaben für eine effektive Integrationspolitik von der Verwaltung einzufordern.

Ehe ich zu unseren anderen Anträgen komme, möchte ich noch das Thema OEW ansprechen, das durch das“ Gesetz zur Nachhaftung für die Rückbau- und Endlagerkosten im Kernenergiebereich“ am 14. Oktober 2015 durch das Kabinett in Stuttgart auf den Weg gebracht worden ist. Hier vertritt unsere Fraktion eine ganz klare Meinung: Jahrzehntlang haben wir im Landkreis durch unsere Mitgliedschaft in der OEW von den jährlichen millionenschweren Zuschüssen für den Kreishaushalt profitiert. Wenn sich das nun wegen der allen bekannten Veränderung der Energiepolitik geändert hat und sogar eine Beteiligung des Landkreises an den Endlagerkosten für Atommüll droht, falls die Rücklagen der EnBW nicht ausreichen sollten und der Konzern zahlungsunfähig wird (was wir nicht erwarten, was aber nicht völlig auszuschließen ist) falls also dieser GAU eintreten sollte, dann können wir uns der Verantwortung nicht vorab entziehen, dass wir vorbeugend die OEW verlassen. Und das sagen wir ganz bewusst als Grüne, welche die Atompolitik der Vergangenheit stets für falsch und gefährlich bezeichnet haben. Wir unterscheiden uns da ganz deutlich von der organisierten Verantwortungslosigkeit der bayrischen Staatsregierung, welche sogar die ergebnisoffene Suche nach einem Endlager für Atommüll auf ihrem Territorium ablehnt, obwohl sie wie keine andere politische Kraft diese Atompolitik zu verantworten hatte und von ihr profitiert hat. Genauso, wie wir das Bahnprojekt Stuttgart 21 nach wie vor für eine Fehlentscheidung halten und dennoch als Regierungspartei seit 2011 dafür die Verantwortung übernehmen mussten und übernommen haben halten wir es auch mit der Verantwortung für die Folgen der von uns abgelehnten Atompolitik. Und wir hoffen, dass auch die anderen Fraktionen im Kreistag diese Haltung teilen.

Unsere Anträge zum Kreishaushalt 2016 liegen ihnen schriftlich vor. Sie werden nun mündlich von mir begründet und wir bitten um Zustimmung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Siegfried Spangenberg

Anrede

Die Haushaltsrede im letzten Jahr habe ich damit begonnen zu sagen, dass dies der letzte Haushalt ist, der „unter der Verantwortung von Herrn Landrat Widmaier von der Kreisverwaltung vorgelegt worden ist“. Da liegt es nahe, jetzt damit zu beginnen, zu sagen, „dies ist der erste Haushalt, der unter der Verantwortung von Herrn Landrat Sievers vorgelegt wird.“ Doch schon bei diesen ersten Worten komme ich ins Zögern und ins Nachdenken. Was ist das eigentlich, was wir hier heute diskutieren? Ist dies der Haushalt der Verwaltung und des Landrates für das Jahr 2016? Oder was ist es sonst?

Dieser Haushaltentwurf, so wie er hier vorliegt, ist nämlich bereits ein merkwürdiges Gemisch aus den Absichten und Vorstellungen der Verwaltung und Vorab-Eingriffen des politischen Gremiums - des Kreistages. Auf der letzten Kreistagssitzung hat der Kämmerer, Herr Baur, den Haushalt vorgestellt. Gegen Ende des Tagesordnungspunktes ist der Landrat in einer wesentlichen Frage des Haushaltes in Distanz zu dem vorgelegten Haushalt gegangen.

Das Protokoll der Sitzung liegt schon vor. Ich kann daraus zitieren. Der Landrat, so heißt es dort, „erinnert an die Beratung der Eckpunkte-Varianten für die Aufstellung des Entwurfes im Verwaltungsausschuss am 13.10.2015. Der Ausschuss habe beschlossen, die Kreisumlage unverändert bei 32,5 % zu belassen. Dies habe zur Folge, dass der weitere Finanzbedarf über eine Erhöhung der Schuldenrate gedeckt werden muss. **Ihm selbst gefalle diese Lösung gar nicht.**“ So das Protokoll!

Hört! Hört! Dem Landrat gefällt ein Eckpunkt der Haushaltsaufstellung „gar nicht“. Weiter führte er aus: „Allein das Thema Oberschwabenklinik hätte eine Erhöhung der Umlage auf 33,5 % erforderlich gemacht. Angesichts des aktuellen Mehraufwandes im Bereich Migration appelliert er an die Kreisräte, das Haushaltskonstrukt nochmals zu überdenken. Man könne zwar die Unterstützung von Bund und Land einfordern. Der Verweis auf die dortigen Zuständigkeiten entbinde den Kreis allerdings nicht von den eigenen finanzpolitischen Verantwortlichkeiten für die Zukunft.“ Und schließlich: „Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, dass die Bürger von heute, die Gesellschaft von heute, die Belastungen tragen sollten und nicht die zukünftigen Generationen. ...Angesichts der drastischen aktuellen Problemlage sei es nicht nachvollziehbar, wie dies ohne die entsprechenden Finanzmittel bewerkstelligt werden soll.“

Wo er Recht hat, da hat er Recht der Landrat. Markanter und deutlicher kann man es doch nicht sagen! Wieso aber, so fragt sich der aufmerksame Beobachter, wird dann hier ein Haushalt vorgelegt, der diese wichtigen Gesichtspunkte nicht berücksichtigt?

Dies erklärt sich aus einem merkwürdigen Vorgang. Bei dem vorgelegten Haushalt handelt es sich bei einer der wichtigsten Einnahmeposition um eine vorwegnehmende Unterwerfung unter einen vermeintlichen Willen des Kreistages.

Wie kam es dazu? Auf einer Sitzung des Verwaltungsausschusses hat die Verwaltung mehrere Varianten vorgestellt unter welchen Eckpunkten der Haushalt aufgestellt werden könne. Die Varianten unterschieden sich hauptsächlich darin, mit welchen Maßnahmen verhindert werden kann, dass der Landkreis noch stärker in die Verschuldung hineinläuft.

Von einigen Mitgliedern wurde – abweichend von den Vorstellungen der Verwaltung – eine weitere Variante eingebracht, welche eine deutlich zunehmende Verschuldung des Landkreises in Kauf nehmen wollte. Nämlich die Variante, abweichend von der Finanzplanung, von einem Umlagehebesatz von 32,5 Punkten auszugehen.

Grüne und SPD haben vergeblich versucht, eine Abstimmung zu verschieben. Es wurde dann aber doch „abgestimmt“, und mit 12:6 Stimmen „beschlossen“ – und ich setze die Worte „abgestimmt“ und „beschlossen“ in Anführungszeichen – bei der Aufstellung des Haushaltes von einem Kreisumlagehebesatz von 32,5 Punkten auszugehen.

Ich stelle hier ganz klar fest, über Eckpunkte des Haushaltes hat der ganze Kreistag abzustimmen und nicht ein Teilgremium. So wie es jetzt gelaufen ist, haben 12 Leute –ohne jede Diskussion und Rückkoppelung mit ihren Fraktionen - gewissermaßen „spontan“ etwas vorweggenommen, was nach hier in die Haushaltsberatung des ganzen Kreistages gehört. 12 Leute aus dem Verwaltungsausschuss machen genau ein Sechstel der Mitglieder des Kreistages aus.

Dieses merkwürdige Vorverfahren hat zu einem Kuddelmuddel über die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten geführt. Kein Wunder, dass der Landrat in Distanz zu diesem Haushalt geht. Ein saubereres Verfahren erfordert es, dass die Verwaltung ihren Haushalt vorlegt, so wie sie glaubt, dass es notwendig und verantwortbar für den Landkreis ist und dass dann der Kreistag berät und entscheidet. Der Verwaltung ist natürlich vorzuwerfen, dass Sie bei diesem Verfahren mitgemacht und das Durcheinander zugelassen hat.

Wir allerdings machen da nicht mit. Wegen des zweifelhaften Charakters des Verfahrens gehen wir weiterhin von den Eckpunkten aus, wie sie letztes Jahr in der Finanzplanung vorgesehen waren. Diese sah vor, für das Haushaltsjahr 2016 einen Umlagehebesatz von 33,5 Punkten anzusetzen. Wir sind auch heute noch der Auffassung, dass eine verantwortliche und solide Haushaltsgestaltung es verlangt, bei dieser Planung zu bleiben.

Trotz der wegen der guten Konjunkturlage gestiegenen Steuerkraftsummen und der damit gestiegenen Einnahmen von Kommunen und Landkreis befinden sich beide kommunalen Ebenen in einer schwierigen Situation. Nicht zuletzt wegen der Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge sind auf beiden Ebenen erhebliche zusätzliche Leistungen zu erbringen.

Der Landkreis hat zudem durch das Wegbrechen der Einnahmen aus der OEW-Beteiligung, durch zusätzliche Leistungen im Bereich der Abfallwirtschaft und der Leistungen für die laufende und zukünftige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des gesamten Landkreises außergewöhnlich hohe Lasten zu tragen.

Der Kreistag hatte sich per einstimmigen Beschluss selbst die Grenze gesetzt, die Verschuldungsmarke von 100 Mio. € nicht zu überschreiten. Bei einem Hebesatz von 32,5 Punkten ist dieses Ziel in den nächsten Jahren nicht zu halten. Schon bei einem Hebesatz von 33,5 Punkten wird dies äußerst schwierig sein. Außerdem könnte ein späterer Anstieg des Hebesatzes um 3 bis 4 Punkte nötig werden. Wer den Haushalt jetzt auf kurze Sicht fährt, muss sich nicht wundern, wenn er in absehbarer Zeit feststellen muss, dass er in einer Sackgasse gelandet ist und vor einem hohen Berg steht – einem Schuldenberg.

Sehen wir uns die Zahlen nochmals an. Bei einem Hebesatz von 32,5 Punkten prognostiziert der Kämmerer einen Anstieg der Verschuldung bereits für 2016 auf 92 Mio.€ und dann in 2017 und 2018 auf über 110 Mio.€.

Was ist von dieser Prognose zu halten? Nun wissen wir ja alle, dass der Kämmerer ein „erfahrener Hase“ ist, der es sehr wohl versteht, noch einige Reserven und Sicherheiten einzubauen. Da ein Haushalt etliche Schätzwerte und weitere Variablen enthält, kann sich da in der Tat noch einiges verschieben. Vielleicht nach unten, aber eventuell eben auch nach oben.

Nun hat ein alter Hase oftmals auch ein Schlitzohr. Dennoch scheint eines klar zu sein, selbst wenn man einen „Schlitzohrfaktor“ berücksichtigt, so lässt sich ohne eine Verstetigung oder Anhebung des Kreisumlagehebesatzes das Ziel einer Verschuldung unter 100 Mio.€ nicht halten.

Wir meinen daher, dass der Kreistag eigentlich für den Haushalt 2016 bei dem Hebesatz von 33,5 Punkten bleiben müsste. Dazu liegt bereits ein Antrag der Grünen-Kollegen vor. Wir werden diesen Antrag unterstützen. Nach dem geschilderten „Vorlauf“ im Verwaltungsausschuss und da wir die Stimmung und Interessen der Bürgermeister in CDU und den FWV

kennen, machen wir mit unserem Antrag – Hebesatz 33 Punkte - nochmals einen Vermittlungsversuch. Damit lässt sich eine weitere deutliche Verschuldung des Landkreises nicht völlig vermeiden, aber doch dämpfen.

Meine Bitte geht vor allem an die Nichtbürgermeister bei CDU und FWV, stimmen sie zumindest diesem vermittelnden Antrag zu.

Meine Bitte richtet sich aber auch an sie Herr Landrat. Nach ihren Ausführungen auf der letzten Kreistagsitzung sollten sie hier nochmals aufstehen und für die Annahme entweder des Antrages der Grünen-Fraktion oder unseres Antrages werben. Denn diese Anträge decken sich mit ihrer Meinung!

Sie haben als eine ihrer Hauptleistungen in Düren dargestellt, dass sie den dortigen Haushalt saniert haben. Da wäre es doch prekär, wenn der erste Kreishaushalt im Landkreis Ravensburg unter ihrer Ägide gleich mit einer deutlichen Erhöhung der Verschuldung des Landkreises beginnen würde.

Und ich wende mich an Sie, meine Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen, Das können Sie „unserem aller Landrat“, der aber als CDU-Mitglied besonders auch ihr Landrat ist, doch nicht antun. Wenn dann dennoch gegen ihr Votum – Herr Landrat – beschlossen wird, dann sind die Fronten und Verantwortlichkeiten klaggestellt. Gekämpft um die bessere Lösung muss aber schon werden.

Bisher habe ich mich weitgehend mit einer Einnahmeposition des Haushaltes befasst. Dies ist auch gerechtfertigt, weil dies die wichtigste Einnahmequelle des Landkreises ist und zugleich die einzige Einnahmeposition, über die wir hier im Kreistag selbst bestimmen können. Die anderen können wir nur betrachten und allenfalls bejammern, beeinflussen können wir sie nicht.

Eine weitere Einnahmequelle hätte beeinflusst werden können, indem wesentlich früher damit begonnen worden wäre, auf erneuerbare Energien umzustellen. Jetzt ist man spät dran, fast zu spät. Und wir wissen ja, wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben. Die Strafe, die uns trifft, besteht darin, dass der Landkreis jetzt aus dieser Beteiligung bei einer 0 Dividende angekommen ist.

Wahrlich ein Desaster! Aus dem einst riesigen Kreisvermögen erhalten wir jetzt gar nichts mehr. Von einst 13 Mio.€ Ausschüttung auf 0. In fünf Jahren hat sich das Weniger bereits auf

25 Mio. € aufaddiert. Die jetzt fehlenden Jahresausschüttungen von 13 Mio.€ machen immerhin rund 4 Hebesatzpunkte aus! Wenn inzwischen auch etliche Faktoren diesen Rückgang der OEW-Erträge mitbestimmt haben, so bleibt doch die Hauptursache des Niederganges das einseitige setzen der ENBW auf die Atomenergie und die Tatsache, dass die vielen Funktionsträger vor allem der CDU in den Gremien der ENBW und der OEW dies mitverschuldet haben. Ich werde deshalb nicht müde, hier in jeder Haushaltsdebatte darauf hinzuweisen, dass die falsche Energiepolitik von CDU und FDP sich bis heute noch immer in gravierender Weise negativ auf die Kommunalhaushalte auswirkt – direkt auf den Kreishaushalt und indirekt bis in den Etat jeder Gemeinde. Das sollten sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landkreises immer wieder vergegenwärtigen.

Noch krasser wird es, wenn wir nicht nur auf die Ausschüttungen der OEW sehen, sondern auf das Vermögen des Landkreises. Im Haushalt wird für den Prozentanteil von 21,82 % an der OEW, die wiederum 46,75 % an der EnBW hält, nur ein Erinnerungsposten geführt.

Noch vor ca. 5 Jahren war dieser Anteil nach den damaligen Börsenwerten über 1 Mrd.€ wert. Jetzt dürfte er noch etwa 500 Mio.€ wert sein. Das ist ein Wertverlust für den Landkreis von ca. 500 Mio.€. So ist das Vermögen des Landkreises dahingeschmolzen. Da kann einem ja ganz schwindelig werden bei diesen Zahlen. Und wir wissen ja, wer daran politisch eine große Mitschuld trägt.

Schlimmer noch: der einstige Goldesel ist in Gefahr, sich in einen lästigen Kostgänger zu verwandeln. Bekanntlich arbeitet der Bund daran, die ehemaligen Betreiber von Atomanlagen dauerhaft für die Entsorgung und Lagerung des atomaren Mülls in die Haftung zu nehmen. Da die OEW ein Zweckverband mit Nachschusspflicht ist, besteht die Gefahr, dass es noch jahrzehntelang zu Rückgriffen bis in die Kreishaushalte hinein, kommen kann. Gar nicht auszudenken, was dies künftig für Folgen für den Landkreis haben könnte. Politisch und juristisch wird an dieser Problematik bekanntlich derzeit noch gearbeitet.

Wichtig für die Beurteilung des Haushaltsgeschehens ist die in der Doppik gegebene Möglichkeit, Aufwendungen und Erträge im Ergebnishaushalt zu betrachten. Da ist es beruhigend zu sehen, dass es im normalen Verwaltungs- und Haushaltsgeschehen auch für das Jahr 2016 noch ein erwartetes positives Ergebnis von rund 12 Mio.€ gibt

Für Investitionen gibt es aber einen außerordentlich hohen Bedarf vor allem für den Grundstücks- und Gebäudeerwerb und für Containeranlagen für Flüchtlinge. Selbst wenn die Investitionen zum Erhalt der Gebäude des Landkreises und im Kreisstraßenbau wieder ä-

ßerst niedrig angesetzt werden, entsteht ein Gesamtfinanzbedarf für Investitionen von 39,5 Mio.€. Dieser ist nur durch eine Erhöhung der Gesamtschulden (Kernhaushalt und Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung) um rund 12 Mio. € auf geplante Gesamtschulden von 92 Mio. € abzudecken. Da nähern wir uns bereits deutlich der 100. Mio. Grenzmarke an.

Die Korrektheit verlangt es, dass auch bei einem Hebesatz von 33 oder 33,5 Punkten eine Schuldenerhöhung notwendig würde. Sie würde aber um mehr als 3 Mio. € niedriger ausfallen.

Über die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und die zusätzlichen Aufwendungen, die dem Kreis nicht erstattet werden haben meine Vorredner schon gesprochen. Auch wenn das Land angekündigt an, die Kosten für die Erstunterbringung „spitz“ abzurechnen, kalkuliert der Kämmerer damit, dass noch rund 8 Mio.€ beim Kreis „hängen bleiben“ werden.“

Die Flüchtlingsunterbringung ist der Sektor bei dem auch die Gemeinden durch die Anschlussunterbringung in wachsendem Maße gefordert sein werden. Beim Landkreis ist die Kostenwelle bereits voll angekommen. Auf die Gemeinden rollt sie in den nächsten Jahren zu.

Neben der monetären Frage ist die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung vor allem aber auch eine große organisatorische Aufgabe. Hier leistet das Landratsamt großartige Arbeit. Die Schaffung des Amtes für Migration und Flüchtlinge war richtig. Großartiges leisten auch die vielen ehrenamtlichen Betreuer. Wir halten es für eine gute Idee, das ehrenamtliche Engagement der Flüchtlingshelferkreise auszubauen und zu unterstützen.

Bei der Frage der Flüchtlingsaufnahme und Betreuung muss natürlich in erster Linie die humanitäre, menschenrechtliche und grundgesetzliche Bewertung im Vordergrund stehen. Dennoch wird in der Öffentlichkeit auch die finanzielle Problematik diskutiert.

Bundesweit werden Zahlen um die 10 Mrd.€ genannt, die für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung eingesetzt werden.

Es lohnt sich, neben der humanitären und menschenrechtlichen Bewertung auch einmal auf den Gang des Geldflusses zu sehen. Vieles, ja das meiste davon, landet in der deutschen Wirtschaft und hier besonders beim Mittelstand: bei Busunternehmern, bei Vermietern, bei Hoteliers, bei Immobilienverkäufern, bei Containerherstellern, bei Handwerkern, im Lebensmitteleinzelhandel. Selbst die Küche der OSK wird besser ausgelastet. Von dieser Wirkung

zeugt ja auch das Konzept „Wohnmodule mit der Kreishandwerkerschaft“, welches im Landkreis umgesetzt werden soll. Die Ausgaben für Flüchtlinge wirken wie ein Konjunkturprogramm, welches Beschäftigung und Einkommen sichert und sogar Steuern generiert.

Bei Nennung der Zahl 10 Mrd.€ hat mich eine ähnliche Zahl aufgeschreckt, die seit Beginn dieser Woche durch die Medien läuft. Mehr als 10 Mrd. € soll der Steuerbetrugsschaden ausmachen, den Banken und Fonds in Deutschland dem Fiskus durch sogenannte Cum-Ex Geschäfte zugefügt haben. Dass muss man sich klarmachen, da schaffen es einige „Betrüger in Nadelstreifen in den Banken und Fonds“ gleichviel Geld zu veruntreuen, wie in ganz Deutschland für die Flüchtlinge aufgewendet werden muss.

Doch zurück zum Haushalt und den regionalen Aufgaben. Wir haben jetzt schon eine wachsende Bevölkerung und ein Problem mit dafür geeignetem und bezahlbarem Wohnraum im Landkreis. Dies wird weiter zunehmen. Die Region braucht dringend einen Impuls, den sozialen Wohnungsbau im Kreis auszudehnen. Da der Markt zu langsam reagiert, sollte der Kreis hier aktiv werden. Wir greifen damit gern einen Vorschlag von OB Lang und Bgm. Moll auf - die Gründung einer Kreiswohnbaugesellschaft. Um aber nicht im Konzeptionellen stehen zu bleiben, wollen wir gleich Nägel mit Köpfen machen. Wir beantragen, für diese Aufgabe 500 T € in den Haushalt einzustellen. Wir bitten um Unterstützung unseres Antrages.

Weitere Anträge von uns beschäftigen sich mit den Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld der Realisierung des Center Parcs und der Frage des Erwerbs von Ökopunkten durch den Landkreis. Wir finden, dass der Landkreis die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen aus Kreisstraßenbauvorhaben selbst generieren sollte. So behält der Landkreis die Hand darauf, wo und wie naturschutzrechtliche Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Wie wichtig dies ist, wird daran deutlich, dass z.B. im Bereich Gewässerschutz/öffentliche Gewässer lapidar im Haushaltsentwurf festgestellt wird: „Das Landratsamt hat derzeit kein neues Projekt in der Planung“. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge.

Ich fasse zusammen. Neben den laufenden Aufgaben ist der Landkreis besonders gefordert durch die Weiterführung der Baumaßnahmen am zentralen Krankenhaus, es bleibt die Aufgabe den Sanierungsprozess des OSK-Betriebes fortzuführen. Neu hinzugekommen ist die gewaltige Aufgabe der Flüchtlinge. Da braucht der Landkreis auf der Einnahmeseite jeden €. Wir wollen nicht, dass der Landkreis immer weiter in die Verschuldung hineinschlickert.

Wir nehmen das Ziel aus der Kreisstrategie ernst, wo es heißt: „Der Kreishaushalt ist im Sinne der Gerechtigkeit zwischen den Generationen im ordentlichen Ergebnis dauerhaft auszu-

gleichen Die Zahlungsfähigkeit wird durch die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmittel bei begrenzter Verschuldung“ gewährleistet.

Wir stimmen also zunächst dafür den Kreisumlagesatz bei 33,5 Punkten zu belassen. Wir sagen bewusst, dort zu belassen – weil es so geplant war - und sprechen nicht von Erhöhung. Als Kompromissangebot steht dann unser Antrag mit den 33 Punkten.

Wie wir uns bei der Endabstimmung verhalten, hängt von den Abstimmungsergebnissen ab und wie die Mehrheit des Kreistages zu unseren weiteren Anträgen steht.

Wie immer geht der Dank an den Kämmerer und an seine Frau- und Mannschaft, die das umfangreiche Zahlenwerk ausgearbeitet haben.

Spätestens am Ende des Jahres wird sich dann zeigen, wie hoch letztlich der von mir angesprochene „Schlitzohrfaktor“ anzusetzen ist, der mit Gewissheit auch in diesen Haushalt eingebaut worden ist.